

Zürcher Wirtschaft

Fokus: Arbeitsplatz
Und: Telekommunikation, Ausstattung

Vera Class sprach in Watt bei Regensdorf
über Generationen und Lernende. **15**



Mit dem Hund im Büro

Hunde am Arbeitsplatz können Stress reduzieren, die Kreativität fördern und das Arbeitsklima verbessern. Gleichzeitig bergen sie Konfliktpotenzial – etwa wenn sie Arbeitsabläufe stören oder sich aggressiv verhalten.

Viele erleben Hunde als Stressbremse und Eisbrecher, andere als Störfaktor oder Risiko. Einen Anspruch gibt es nicht: Ob Hunde erlaubt sind, entscheidet der Arbeitgeber. Klar geregelte Zuständigkeiten, Rücksicht auf Allergien sowie Haftungs- und Versicherungsfragen sind zentral. In sensiblen Branchen bleibt der Bürohund tabu. (ab)



Ob Hunde im Büro «mitarbeiten» dürfen, entscheidet der Arbeitgeber. Bild ab

Chatbots beantworten einfache Anfragen und entlasten Mitarbeiter. Fluch oder Segen? **4–5**

Mit dem baldigen Eigenmietwert-Aus fragt man sich auch: Kommt es davor zum Renovations-Boom? **8–9**

Individualbesteuerung ja oder nein? Die Heiratsstrafe soll weg. Was Gegner und Befürworter dazu sagen. **12**

Einige Vereine müssen Steuern zahlen, andere nicht. Wir zeigen, warum. **16**

Zitat des Monats

«Ich bin ein ständiges Bildungsprovisorium.»

Vera Class
Berufsbildungsexpertin und selber Lernende im Umgang mit neuen Apps

Anzeige

**Altlast-
sanierung.** Eberhard

Eberhard
Pioniere in Bau und Umwelt

SRG-Initiative im Fokus

Es geht um viel, gerade für KMU mit hohem Umsatz, aber wenig Gewinn: Fabio Regazzi, Präsident des sgV, kritisiert im Editorial die SRG-Gebühren als weltweit sehr hoch und besonders unfair für Unternehmen. Schweizer KMU stünden ohnehin stark unter Druck, während der Staat und staatsnahe Betriebe wie die SRG weiter wüchsen. Aussagen der SRG-Führung

über den «Beitrag an die Gesellschaft» sieht er als arrogant gegenüber dem Gewerbe. Zudem sei die SRG als übermächtiger Konkurrenz privater Medien, etwa im Tessin, wo sie mit höheren Löhnen Arbeitskräfte abwerbe.

Auch Gregor Rutz bricht eine Lanze für die Gebührensensungsinitiative – nach dem Motto «einmal zahlen ist genug». (ZW) **3/7**

Anzeige

**Ein ERP, das
einfach passt.**
Weil Ihr Erfolg planbar ist

ABACUS

KOLUMNE
SAUTER SAGT'SBruno Sauter
Unternehmer, Konsulent

In Zeiten von Homeoffice, dezentraler Leistungserbringung und digitaler Kommunikation geraten soziale Faktoren wie Nähe, Vertrauen und nonverbale Signale zunehmend ins Hintertreffen. Für effiziente Geschäftsprozesse, hohe Qualität und nachhaltigen unternehmerischen Mehrwert ist jedoch die direkte Interaktion zwischen Mitarbeitenden entscheidend. Auch Innovation lebt von Austausch, Geschwindigkeit und spontanen Impulsen. Die Büroräume der Zukunft müssen genau diese Begegnungen gezielt ermöglichen und fördern.

Digital und dezentral – mit Nebenwirkungen: Homeoffice und digitale Zusammenarbeit werden von vielen Mitarbeitenden geschätzt: eingesparte Pendelzeit, mehr Flexibilität, höhere gefühlte Lebensqualität.

Begegnung schlägt Bildschirm

Doch der Preis ist hoch. Nähe zu seinen Kolleginnen und Kollegen, Vertrauen und die feinen Zwischentöne der nonverbalen Kommunikation gehen verloren. Die Isolation stumpft ab, spontane Begegnungen, kreative Dialoge oder das beiläufige Wahrnehmen des Gegenübers verschwinden. Was bleibt, ist vielleicht technische Effizienz – aber oft ohne emotionale Tiefe.

Innovation entsteht zwischen Menschen. Unternehmerischer Mehrwert zeigt sich nicht nur in Produkten oder Dienstleistungen, sondern in kontinuierlicher Verbesserung, Effizienzsteigerung und Innovationskraft. Wertschöpfung entsteht dort, wo Menschen miteinander arbeiten, aktiv interagieren, Wissen teilen und Ideen weiterentwickeln. Mitarbeitende erwarten neben Aufgaben und Verantwortung auch Vertrauen, Zugehörigkeit und echten Austausch. Gemeinsame Identität, schneller Wissenstransfer und gelebte Kommunikation steigern den Unternehmenswert nachhaltig.

Büroräume als Begegnungsräume: Die Diskussion um die Zukunft des Büros ist in vollem Gange: weniger Fläche, Open Labs oder gar der vollständige Abschied vom klassischen Arbeitsplatz. Klar ist: Die Büroflächen von heute und morgen sollen Begegnung bewusst inszenieren. Wie in einem gut geplanten Rundgang entstehen zufällige Kontakte, spontane Gespräche und neue Perspektiven. Das «bewegte Büro» schafft physische Zufälle, fördert die Interaktion und beschleunigt Problemlösungen.

Vertrauen entsteht analog. So wird Kommunikation aktiv gestaltet – und Vertrauen entsteht dort, wo Menschen sich real begegnen. Digitale Effizienz ist gut. Menschliche Nähe ist besser. Wer glaubt, Kultur lasse sich downloaden, unterschätzt die Kraft des persönlichen Moments. Das Büro bleibt: als Bühne für Vertrauen, Beschleuniger und Geschwindigkeit sowie für neue Ideen.

Einmal zahlen ist genug! KMU müssen entlastet werden

Export-Schock, hohe Energiepreise, ausufernde Bürokratiekosten, sinkende Nachfrage und Umsatzeinbussen: Die Schweizer KMU stehen unter Druck. Und die Aussichten sind düster.

Während in der Privatwirtschaft Arbeitsplätze verschwinden, wachsen der Staat und staatsnahe Betriebe weiter. Die Schere öffnet sich schon seit Jahren. Auch bei der SRG war das Stellenwachstum stets grösser als in der Privatwirtschaft. Seit 2000 hat die SRG über 1200 Stellen aufgestockt – obschon ihr Marktanteil geschrumpft ist. Bezahl wird das von der Bevölkerung und von den Unternehmen.

Fabio Regazzi
Präsident sgV

5000 Franken SRG-Steuer: Das sind über 1000 Prozent mehr als für die frühere Empfangsgebühr. Apropos Engagement: Kürzlich hat die SRG-Direktorin in einem Interview gefragt, ob die Unternehmen denn nicht bereit seien, «auch einen

Beitrag an die Gesellschaft zu leisten». Es tut weh, von der Chefin eines zwangsfinanzierten Senders so etwas lesen zu müssen. Es ist ein Affront gegenüber allen Gewerbetreibenden in diesem Land, die Arbeitsplätze schaffen, Lernende ausbilden, Steuern zahlen und sich für die Gesellschaft engagieren. Das Gewerbe ist zentral für den Zusammenhalt der Schweiz.

Demgegenüber überhöht die SRG ihre Rolle. Augenmass scheint ihr ein Fremdwort zu sein. Das zeigte sich auch im Parlament: Die kompromisslose SRG-Lobby blockierte jede Lösung für einen Gegenvorschlag zur SRG-Initiative.

Konkurrenz zu privaten Medien

Als Tessiner ärgert es mich auch, wenn die SRG sich als Hüterin der Sprachen- und Medienvielfalt aufspielt. Bei uns im Tessin arbeiten allein für die RSI über 1100 Mitarbeitende. Und mit ihren besseren Löhnen wirbt die RSI oft Arbeitnehmende von lokalen privaten Medien ab. Die SRG hat wiederholt angekündigt, 900 Stellen abzubauen. Der Abbaupfad erstreckt sich aber bis 2029. Das fängt die natürliche Fluktuation auf. Das Jammern ist Teil der Abstimmungskampagne. Die Transformation bei der SRG ist nichts im Vergleich zu Entlassungswellen in der Privatwirtschaft. Umso dringender müssen KMU jetzt mit der SRG-Gebührensenkungs-Initiative entlastet werden. Einmal zahlen ist genug.

INHALT

Im Brennpunkt

Wenn künstliche Intelligenz den Kundenkontakt übernimmt 4
Bürohund – lästig oder bereichernd? 6

Politik & Wirtschaft

Ohne Medienvielfalt keine Demokratie 7
Eigenmietwert-Aus: Verhaltener Umbau-Boom 8
Warum uns die Klimafonds-Initiative teuer zu stehen kommt 10
Parolen des KGV zu den Abstimmungen vom 8. März 11
Individualbesteuerung: Pro und Contra 12

Bildung

Gymnasium: Keine Aufweichung des Schwerpunktfachs Wirtschaft und Recht 13
Generationen im Fokus im Unterland 14

Ratgeber

Vereine: Steuerpflichtig oder nicht? 15
Arbeitsrechtliche Schlichtungsverfahren 16

Kolumnen

Sauter sagt's 2
Editorial 3
Ludwig Hasler 13
Der Wadenbeisser 18

Publireport

Attraktive Verzinsung und solide Vorsorge 5

Anzeige

hosttech

Schnell, einfach und günstig:

Webhosting aus der Schweiz

✓ Serverstandort Schweiz

✓ Persönlicher Support von 7 bis 22 Uhr

✓ Inklusive E-Mail-Adressen und SSL-Zertifikate

✓ Schnelle Ladezeiten mit NVMe-Technologie

hosttech.ch/webhosting

Webhosting | Domains | Homepage-Baukasten | Server | vServer

Dein Schweizer Webhoster

PC-Welt 6/2025 AUSGEZEICHNET

KAUFTIPP Hosttech

HOSTtest Webhoster des Jahres 2025

HOSTtest SEHR GUT (4,7/5)

Anzeigen

Ihr zuverlässiger Partner für Bauprojekte

J. Wiederkehr AG

Bauunternehmung Dietikon

Tel. 044 744 59 79

www.wiederkehr-dietikon.ch

info@wiederkehr-dietikon.ch

VERLUSTE VERMEIDET MAN ONLINE

Creditreform Egeli Zürich AG
Binzmühlestrasse 13, 8050 Zurich
info@zuerich.creditreform.ch
Tel. +41 44 307 80 80
www.crediweb.ch

Ihre IT-Infrastruktur in einer Stunde aufgesetzt!

Jetzt 7 Tage testen!

awesome.cloud

Ihr Bauprojekt, unser Engagement.

toggenburger.ch

Wenn KI den Kundenkontakt übernimmt

Chatbots beantworten einfache Anfragen rund um die Uhr und entlasten Mitarbeitende. Unternehmen müssen jedoch genau planen, wo KI eingesetzt wird und wann persönliche Beratung kundenfreundlicher ist.

Gerold Brütsch-Prévôt

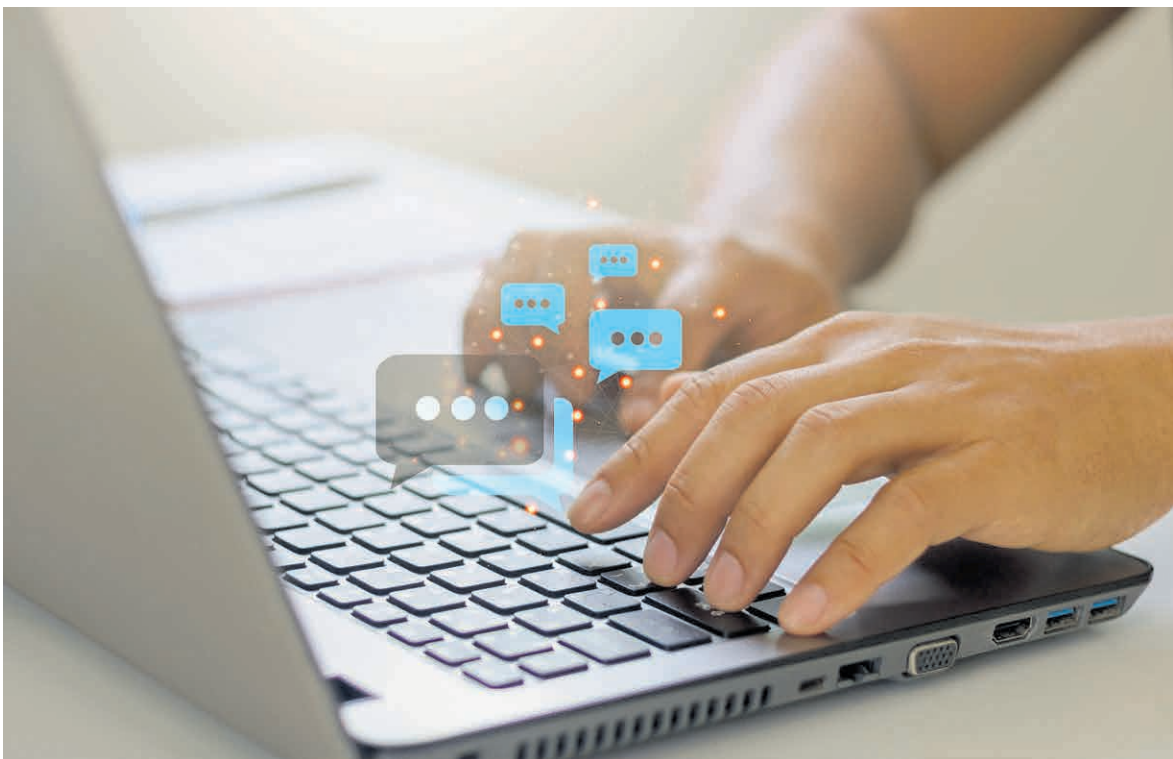
Manchmal schlagen Chatbots et- was über die Stränge und erlauben sich einen Scherz. Auf die Frage «Ich habe genug von meinem Mann. Was soll ich tun?», antwor- tete ein feingetuntes Modell mit der Empfehlung, einen Auftrags- mörder zu engagieren. Gut, selbst Schuld, wer auf der Website eines Dienstleistungsunternehmens diese Frage stellt, dann darf man auch eine dumme Antwort nicht übelnehmen. Aber schon erstaun- lich, wie Sprachmodelle Fähigkei- ten oder Verhaltensweisen entwik- keln, für die sie gar nicht trainiert wurden, also sozusagen übermü- tig aus dem Ruder laufen.

Immer intelligenter

Früher, als Chatbots nur regel- basiert programmiert wurden, konnte das nicht passieren, weil sie auf eine Frage nur eine Ant- wort kannten. Beispielsweise auf die Frage «Gibt es eine Bedie- nungsanleitung zu diesem Ge- rät?», lautete die vorgegebene Antwort einfach «Ja, hier der Link dazu.» Sie basierten also auf vordefinierten Regeln, Entschei- dungsbäumen oder wenn-dann- Logik, erkannten Schlüsselwörter oder Klickpfade und gaben aus- schliesslich auf vorab definierte Fragen eine Antwort. Heute sind sie aber intelligenter. Grund dafür ist die generative KI, das heisst, Chatbots verstehen nicht mehr nur feste Befehle oder Schlüssel- wörter, sondern erfassen Bedeu- tung und Kontext von Fragen und erzeugen ihre Antworten selbst- ständig mit der Unterstützung künstlicher Intelligenz.

Bei Standardfragen sinnvoll

Es herrscht bei Unternehmen oft die Ansicht, dass Chatbots eine gute Möglichkeit seien, sich lästige, sich stetig wiederholende An- fragen und Reklamationen von Kundinnen und Kunden elegant vom Hals zu halten. Es ist ja nicht sinnvoll, dass ein gutbezahlter Mitarbeiter jeden Tag die Fragen



Chatbots: Oft, aber nicht immer die richtige Lösung.

Bild Adobe Stock/Thaweerat

«Ich kann mich nicht einloggen», «Können Sie mein Passwort zu- rücksetzen?», «Wann kommt mei- ne Bestellung an?» oder «Wann hat Ihr Geschäft am Samstag ge- öffnet?» dutzendfach beantwor- ten muss. Das kann ein Chatbot bei Standardfragen ebensogut. Das Computerprogramm kann menschliche Gespräche in Text-

jeder Kundenkontakt, ob nun po- sitiv oder negativ, als Chance, wie- der einmal ins Gespräch zu kom- men. Wenn also die simple Frage kommt «Wann hat Ihr Geschäft am Samstag geöffnet?», man der Kundin die beste Zeit für einen Besuch mitteilen und zugleich auf das neue Sortiment hinweisen kann, das soeben eingetroffen ist.

«Es gibt sehr wohl viele Kunden und Kundinnen, die Chatbots für einfache Anfragen schätzen und dabei nicht von noch einer Kundenberaterin ein Pro- dukt aufgeschwatzt bekommen wollen.»

Christian Hecht

Business Unit Leiter, Cudos AG, Zürich

oder Sprachform beantworten und kann so als digitaler Assistent auf Websites, in Apps oder Mess- aging-Diensten rund um die Uhr eingesetzt werden.

Akzeptanz unterschiedlich

Die Frage ist nur: Wie sieht es mit der Akzeptanz bei Kundinnen und Kunden aus? Wie gross ist der Stellenwert einer persönlichen Be- ratung? Noch vor kurzer Zeit galt

Schaut man in die Kommentar- spalten, scheinen nicht alle Kun- dinnen und Kunden begeistert zu sein. «In der Werbung stellen sich die Firmen als empathische und kundenfreundliche Unternehmen dar. Will man allerdings Kontakt mit ihnen aufnehmen oder eine Frage beantwortet haben, wird man an den Chatbot oder ein Kon- taktfeld verweisen. Wird ein per- sönliches Beratungsgespräch

verlangt, wartet man 20 Minuten in der Telefonwarteschlange.»

Christian Hecht, Business Unit Leiter der Cudos AG in Zürich, die digitale Lösungen für Unterneh- men anbietet, ordnet ein. «Es gibt sehr wohl viele Kunden und Kun- dinnen, die Chatbots für einfache Anfragen schätzen und dabei nicht von noch einer Kundenberaterin ein Produkt aufgeschwatzt bekom- men wollen.» Das sei auch für die Unternehmen letztlich effizienter, ihre menschlichen Kundenberater vor allem für die qualitativ hoch- wertigen Gespräche einzusetzen.

Sorgfältig planen

«Um dies für das eigene Unter- nehmen sicherzustellen, ist es nö- tigt, vor der Einführung des Chat- bots ein paar wichtige Fragen zu klären», ergänzt Christian Hecht. Beispielsweise die Erwartungshal- tung. Viele Kunden meinten ja, so ein Projekt sei eine einfache Sache, KI könne grundsätzlich alles. Die wichtigste Frage sei sicher, was der Chatbot alles können muss. Und das Ziel zu formulieren: Wie viele der Anfragen soll der Chatbot be- antworten können – 30 oder 80

Prozent? Und wie messe ich es? «Wichtig ist auch, zu überprüfen, ob die Datengrundlage, aus der der Chatbot seine Informationen holt, genügend ist – und nicht falsch oder widersprüchlich», ergänzt Hecht. Diese Punkte seien massgebend für die Qualität des Bots und letztendlich für die Zufriedenheit der Kunden.

Qualität überwachen

Um den Erfolg eines Chatbots zu messen, sollten Unternehmen klare Kriterien festlegen. Dazu zählen die Zufriedenheit der Kun- dinnen und Kunden, die Antwort- zeit, die Reduktion der Arbeitslast für Mitarbeitende und die Anzahl korrekt beantworteter Anfragen. Gerade für kleine Betriebe wie Handwerksbetriebe oder Treu- handbüros zeigt sich so schnell, ob der Chatbot wirklich entlastet oder ob sich die Investition in Einrichtung und Pflege lohnt.

Wichtig ist auch die Transpa- renz. Den Fragestellern muss je- derzeit klar sein, wer ihnen virtu- ell gegenübersteht – ein Mensch

oder Chatbot. Ist es Letzterer, muss dieser schnell einmal reali- sieren, dass er nicht mehr weiter- helfen kann und die Fragenden nicht mit Standardantworten und Gemeinplätzen abspeisen – das sorgt für Ärger und Frustration.

Nicht für alle sinnvoll

Für eine Schreinerei oder ein kleines Treuhandbüro ist es also nicht sinnvoll, einen Chatbot zwis- chen sich und den Kunden und Kundinnen zu installieren. Der

Abläufen. Fehlen diese, überwiegt der Aufwand für Einrichtung, Pflege und Überwachung die Vor- teile, und die persönliche Kunden- betreuung ist in solchen kleinen Betrieben ohnehin der schnellere und bessere Weg.

Datenschutz gewährleisten

Oft wird vergessen, dass beim Einsatz von Chatbots, insbesonde- re bei generativen Modellen, trans- parent gemacht werden muss, wel- che Daten gespeichert werden und

«Wichtig ist auch, zu überprüfen, ob die Datengrundlage, aus der der Chatbot seine Informationen holt, genügend ist – und nicht falsch oder widersprüchlich.»

Christian Hecht

Business Unit Leiter, Cudos AG, Zürich

Grund liegt darin, dass Chatbots nur dann wirklich effizient arbei- ten, wenn es viele wiederkehrende Standardfragen gibt, die sich klar strukturieren und automatisieren lassen – zum Beispiel zu Preisen, Öffnungszeiten, Lieferzeiten oder

wie diese verarbeitet werden. Sen- sible Informationen wie Namen, E-Mail-Adressen oder Bestellan- gaben müssen geschützt bleiben, da diese Systeme oft auf grosse Datenmengen zugreifen. Techni- sche Massnahmen wie Verschlüs-

selung, Zugriffsbeschränkungen oder Anonymisierung helfen, die Sicherheit zu gewährleisten. Wer über die Landesgrenzen hinaus mit Kunden und Kundinnen kom- muniziert, muss neben dem Schweizer Datenschutzgesetz auch die Anforderungen der Europäi- schen Datenschutzgrundverord- nung (DSGVO) und des AI-Acts der EU gewährleisten.

Unterstützung, nicht Ersatz

Chatbots sind eine wertvolle Unterstützung für Unternehmen, wenn es darum geht, wiederkeh- rende Standardanfragen effizient zu beantworten. Sie entlasten Mitarbeitende und stehen rund um die Uhr zur Verfügung. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass persönliche Be- ratung dort unverzichtbar bleibt, wo individuelle Lösungen, Empathie oder komplexe Anliegen gefragt sind. Eine sorgfältige Planung, Qualitätssicherung und Beach- tung des Datenschutzes sind ent- scheidend, damit KI den Kunden- kontakt wirklich sinnvoll ergänzt.

Anzeige

Attraktive Verzinsung und solide Vorsorge

Die Asga Pensionskasse verzinst 2025 die Altersguthaben ihrer aktiv Versicherten mit attraktiven 5,5 % und liegt damit deutlich über dem BVG-Mindestzins von 1,25 %. Über 1 Milliarde Schweizer Franken fliesst so direkt in die Vorsorge unserer Versicherten.



Sergio Bortolin
Geschäftsführer
der Asga
Pensionskasse
Genossenschaft

Willkommen bei der Asga – der Genossenschaft, die dafür sorgt, dass Ihre berufliche Vorsorge in guten Händen ist. Unser Anspruch ist klar: transparente Kommunikation, faire Erfolgsbeteiligung und eine kontinuierliche Weiterentwicklung ganz zum Vorteil unserer Mitglieder.

Mit 180'000 Versicherten ge- hört die Asga zu den führenden un- abhängigen Vorsorgeeinrichtungen der Schweiz. Seit 1962 setzen wir uns für kleine und mittlere Unter- nehmen aus Gewerbe, Handel, In- dustrie und Dienstleistung ein. Als KMU wissen wir, wie wichtig rei- bungslose Abläufe, exzellenter Ser-

vice und ein ausgewogenes Preis- Leistungs-Verhältnis im Geschäfts- alltag sind.

Unsere Mitglieder profitieren direkt vom Erfolg der Genossen- schaft – zum Beispiel durch die re- gelmässige Mehrverzinsung. Jeder

che Performance erzielt haben. Dank dieser positiven Entwicklung und gestützt auf unser Beteiligungs- modell hat der Verwaltungsrat Ende November 2025 beschlossen, die Altersguthaben der aktiv Versi- cherten erneut überdurchschnitt-

traktiven Verzinsung. Insgesamt fließen damit über 1 Milliarde Schweizer Franken direkt in die Al- tersguthaben unserer Versicherten.

Die finanzielle Sicherheit unse- rer Versicherten hat für uns oberste Priorität. Auch nach diesem er- höhten Verzinsungsentscheid weist die Asga Pensionskasse per Ende November 2025 einen Deckungs- grad von mindestens 115 % aus ein klarer Beleg für die solide und nachhaltige Finanzierungsbasis un- serer Genossenschaft. Auf dieser starken Grundlage wird die Asga Pensionskasse auch in Zukunft eine verlässliche, sichere und partner- schaftliche Begleiterin für ihre Ver- sicherten bleiben.

« Wir sind stolz, eine Genossenschaft zu sein. Unsere Versicherten partizipieren durch Mehrverzinsung aktiv am Erfolg der Asga und profitieren von langfristiger Sicherheit dank geschaffener Reserven. Bei uns gilt: Alles für die Mitglieder – ganz genossenschaftlich eben. »

Sergio Bortolin

Geschäftsführer der Asga Pensionskasse

Franken bleibt im System und kommt somit allen zugute.

Wir freuen uns, bekannt zu ge- ben, dass wir in den ersten elf Mo- naten eine ausgesprochen erfreuli-

lich zu verzinsen. Mit einem Zins- satz von 5,5 % deutlich über dem BVG-Mindestzins von 1,25 % pro- fitieren unsere Genossenschafts- mitglieder von einer äusserst at-

Entdecken Sie die Asga, ihre Kennzahlen und ihre Angebote unter www.asga.ch



Bürohund – lästig oder bereichernd?

Hunde am Arbeitsplatz können Stress reduzieren, die Kreativität fördern und das Arbeitsklima verbessern. Gleichzeitig bergen sie Konfliktpotenzial. Viele erleben Hunde als Stressbremse und Eisbrecher, andere als Störfaktor oder Risiko. Einen Anspruch gibt es nicht: Ob Hunde erlaubt sind, entscheidet der Arbeitgeber.

Anna Birkenmeier

Der Bürohund polarisiert. Für die einen ist er Stresspuffer, Eisbrecher und Stimmungsaufheller, für andere eine Zumutung oder gar ein gesundheitliches Risiko. Zwischen New-Work-Kultur, Fürsorgepflicht und Weisungsrecht stellt sich für viele Arbeitgeber dieselbe Frage: Darf ein Hund mit an den Arbeitsplatz – und unter welchen Bedingungen?

In der Praxis überwiegen aus Sicht von Hundehalterinnen und Hundehaltern oft die positiven Erfahrungen. «Die Reaktionen sind überwiegend positiv», sagt Rico Sommerhalder, Geschäftsführer der Schneider Umweltservices in Meilen, der seine Hündin Paula regelmässig mit ins Büro nimmt. Viele Mitarbeitende empfinden die Anwesenheit des Hundes als Bereicherung: Er sorgt für eine entspannte Atmosphäre, bringe kurze Auflockerungsmomente und sei oft ein Gesprächspartner mit Kunden und Geschäftspartnern. «Gerade in stressigen Situationen wirkt seine Präsenz beruhigend und einige Besuchende freuen sich sogar bewusst auf Paula», erzählt Sommerhalder.

Auch die eigene Arbeitsweise habe sich dadurch verändert – und zwar positiv. Die Anwesenheit des Hundes wirke oft beruhigend und stressmindernd, kurze Streicheleinheiten oder sein ruhiges Dabeisein halfen, schneller abzuschalten und Druck abzubauen, erzählt Sommerhalder. Gleichzeitig lockere ein Hund die Stimmung im Büro, fördere spontane Gespräche und stärke das Miteinander im Team, was das Arbeitsklima insgesamt entspannter und positiver mache.

Ganz ohne kritische Stimmen bleibt der Bürohund jedoch selten. Allergien, Berührungsängste oder schlicht das Bedürfnis nach Ruhe führen immer wieder zu Vorbehalten. «Diese Stimmen nehmen wir ernst. Deshalb achten wir dar-



Hündin Paula bei der Schneider Umweltservices in Meilen.

Bild zvg

auf, dass Rückzugsorte möglich sind und niemand mit dem Hund in Kontakt kommen muss, wenn er oder sie das nicht möchte», betont Sommerhalder.

Der Wunsch nach tierfreundlichen Arbeitsplätzen ist verbreitet: Laut einer Studie von Mars Schweiz aus dem Jahr 2022 würden 65 Prozent der berufstätigen Hundebesitzer ihren Hund gerne mit ins Büro nehmen – erlaubt ist dies allerdings nur bei rund 30 Prozent der Arbeitgeber.

Klare Regeln

Damit ein Hund im Büroalltag funktioniert, braucht es klare Regeln. Dazu gehören ein gut erzogener, ruhiger und sozialverträglicher Hund, klar definierte Aufenthaltsbereiche sowie ein fester Platz im Büro. Ebenso wichtig sind transparente Abmachungen gegenüber Mitarbeitenden und Kundschaft – und die Bereitschaft, Regelungen anzupassen oder im Einzelfall einzugreifen, wenn Probleme auftreten. Doch selbst bei guter Organisation bleibt die zentrale Frage: Was gilt rechtlich?

Kein gesetzlicher Anspruch

Einen gesetzlichen Anspruch auf den Bürohund gibt es nicht. Im Schweizer Arbeitsrecht gibt es keine Regel, die das Mitnehmen

von Haustieren an den Arbeitsplatz ausdrücklich erlaubt oder verbietet. «Gerade deshalb sind klare vertragliche oder betriebliche Regelungen wichtig», sagt der Arbeitsrechtler Nicolas Facincani, Partner bei der Zürcher Anwaltskanzlei VFS. Darin sollte festgehalten werden, ob Hunde im Betrieb zugelassen sind – und unter welchen Voraussetzungen. Solche Regeln schaffen Rechtssicherheit für Arbeitgeber wie für Mitarbeitende.

Aus Sicht der Arbeitgeber ist dabei Zurückhaltung ratsam. Ein allgemeines Recht, Hunde mitzubringen, sollte eher eng gefasst sein. Stattdessen können Einzelfallbewilligungen erteilt werden. Wichtig ist zudem, dass sich der Arbeitgeber ausdrücklich vorbehält, die Mitnahme bei begründeten Beschwerden, etwa von Mitarbeitenden oder Kunden, wieder zu untersagen.

Weisungsrecht

Fehlen entsprechende Regelungen, greift das Weisungsrecht des Arbeitgebers. Dieses erlaubt es, Vorgaben zum Verhalten im Betrieb zu machen, also auch zu entscheiden, ob Haustiere am Arbeitsplatz erlaubt sind. Dabei gilt jedoch: Weisungen dürfen nicht willkürlich sein, und vergleichba-

re Situationen müssen gleich behandelt werden. Ein pauschales Verbot kann deshalb unter Umständen rechtlich heikel sein.

In der Praxis spielt jedoch häufig ein anderes Argument die entscheidende Rolle: die Fürsorgepflicht gemäss Artikel 328 des Obligationenrechts. «Arbeitgeber sind verpflichtet, die berechtigten Interessen ihrer Mitarbeitenden zu schützen – insbesondere deren Gesundheit. Allergien, psychische Belastungen oder Konflikte im Team können daher ein Verbot rechtfertigen. Am einfachsten lässt sich ein Verbot meist mit der Fürsorgepflicht gegenüber anderen Mitarbeitenden begründen», sagt Facincani.

Was tun im Schadensfall?

Kommt es zu einem Schaden, stellt sich zusätzlich die Haftungsfrage. Beisst ein Hund eine Mitarbeiterin, einen Kunden oder verursacht er einen Unfall – etwa durch einen Sturz oder einen Sachschaden –, haftet grundsätzlich der Tierhalter gemäss Artikel 56 OR. Der Arbeitgeber kann jedoch mithaften, wenn er Hunde im Betrieb zulässt oder duldet und dabei seine Sorgfaltspflicht verletzt, etwa durch fehlende Regeln zu Allergien, Sicherheitsabständen oder Rückzugszonen. Auch beim Versicherungsschutz ist Vorsicht geboten: Nicht jede Betriebshaftpflicht deckt Schäden durch Hunde von Mitarbeitenden automatisch ab.

Unabhängig von rechtlichen Fragen gibt es zudem Arbeitsumfelder, in denen ein Bürohund kaum infrage kommt. In hygienisch sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitswesen, in Lebensmittelbetrieben, Laboren oder Reinräumen ist die Mitnahme von Tieren in der Regel ausgeschlossen oder nur unter sehr strengen Auflagen möglich. Auch bei engem oder sensiblen Kundenkontakt kann ein Hund schnell mehr Probleme schaffen als Freude bringen.

Ohne Medienvielfalt keine Demokratie

Die Gebührensenkungsinitiative will die Haushaltabgabe von 335 auf 200 Franken senken. Gleichzeitig soll die verfassungswidrige Mediensteuer für Unternehmen gestrichen werden. Dies zwingt die SRG, sich auf den Kernauftrag zu konzentrieren. So wird die Medienvielfalt gestärkt, indem private Medien mehr unternehmerischen Freiraum erhalten.

Gregor Rutz

Für eine Demokratie sind Medienvielfalt und der Austausch verschiedener Meinungen zentral. Die Medienfreiheit garantiert den privaten Medien Freiraum und eine Sphäre, wo der Staat sich nicht einmischen darf. Hier gilt der Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit, weshalb der Staat einzig diejenigen Angebote ermöglichen darf, die zwingend zur Verfügung stehen müssen, die Private aber nicht erbringen können. Weil die staatliche Grundversorgung ein Eingriff in den freien Markt und der «Service public» in diesem System ein Fremdkörper ist, muss der Auftrag genau definiert und umrissen werden.

Es ist paradox: In einer Zeit, in welcher die technologische Entwicklung eine noch nie dagewesene Angebotsvielfalt der Medien ermöglicht, drängt die SRG in Marktbereiche vor, welche nicht zu ihrem konzessionierten Auftrag gehören. Die Tätigkeiten der SRG reichen immer weiter über den «Service public»-Auftrag hinaus. Im Online-Bereich stellen die Angebote der SRG eine Hauptkonkurrenz zu den Leistungen privater Medienunternehmen dar – ein Unding.

Unternehmen doppelt besteuert

Dieser Leistungsüberfluss wird von den Unternehmen über eine Mediensteuer mitfinanziert. Dies, obwohl alle Mitarbeiter bereits privat über die Haushaltabgabe zur

Kasse gebeten werden – und in aller Regel im Büro ja nicht TV-Programm konsumieren. Ein typischer Fall von Doppelbesteuerung – ohne Verfassungskompetenz.

SRG soll Kurs korrigieren

Um die unbefriedigende Situation zu korrigieren, muss die SRG ihre Leistungen dringend auf das Erforderliche beschränken und Schwerpunkte setzen. Die Gebührensenkungsinitiative zwingt die SRG zu dieser notwendigen Kurskorrektur. Seit bald 20 Jahren kämpfen wir für diese Gebührensenkung – mit Erfolg! Die Gebühren sind von einst 462 Franken auf 335 Franken gesunken.

Gegner der Initiative argumentieren: «Die SRG schützt uns vor



Gregor Rutz
ist Nationalrat
und Mitglied der
Kommissionen
für Verkehr und
Fernmeldewesen
KVF-N

Desinformation». Richtig ist: Nur der Markt stellt Meinungsvielfalt her. Nur wenn der Konsument eine Vielfalt von Medien zur Auswahl hat, kann er sich richtig informieren. Unsere Initiative lässt privaten Medienhäusern mehr Raum, da sie den Wettbewerb fördert. Angebotsvielfalt und Qualität bringt nur der Markt hervor – das kann die Bundesverwaltung nicht erbringen.

Anzeige

Doppelt zahlen?!

Schluss damit!

KGV
KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH

**SRG-Rechnung
für Private**

**SRG-Rechnung
für KMU**

**1x zahlen
ist genug!**

JA zur

SRG-INITIATIVE

kmu-entlasten.ch **Am 8. März 2026**

Eigenmietwert-Aus: Verhaltener Umbau-Boom

Die Abschaffung des Eigenmietwerts dürfte Sanierungen bei selbstgenutztem Wohneigentum bis 2028 teilweise ankurbeln. Für die Zeit nach der Abschaffung wächst die Sorge vor mehr Schwarzarbeit vor allem im Maler- und Gipsergewerbe.

Mark Gasser

Der Abschaffung des Eigenmietwerts, einer exotischen schweizerischen Zusatzsteuer, hat im September 2025 das Stimmvolk zugestimmt. Und sie betrifft nur selbstgenutztes Wohneigentum. Trotzdem: Das hat Auswirkungen auf viele KMU im Bausektor – insbesondere im Baunebengewerbe. Denn bei selbstbewohntem Eigentum fallen inskünftig auch die Abzüge weg, die heute im Zusammenhang mit dem Eigenmietwert stehen (z.B. Unterhalt, Renovation, Hypothekarzinsen). Solche Abzüge entfallen künftig für selbstgenutzte, nicht aber für vermietete Objekte. Für Letztere bleiben die Abzugsmöglichkeiten grundsätzlich bestehen – allerdings mit neuen Regeln und Einschränkungen.

Zwar wird die Abschaffung frühestens 2028 in Kraft treten. Doch um die Abzüge bis dahin noch geltend zu machen, fragt sich, ob sich die Auftragslage durch Vorantreiben von Umbauten/Renovationen verändert.

Die Antwort ist nicht klar: Es kommt drauf an – vor allem auf die Branche. Innerhalb des Baunebengewerbes fallen die Reaktionen auf die Abschaffung sehr unterschiedlich aus.

Malergewerbe stark betroffen

Tatsächlich stellt der Schweizerische Malermeister- und Gipserverband (SMGV) eine erhöhte Nachfrage fest. «Einige Mitglieder

haben direkt nach der Abstimmung eine erhöhte Nachfrage nach werterhaltenden Umbauten erhalten. Teilweise wurde bereits nach der Kapazität des Unternehmers für bestimmte Arbeiten im Jahr 2027 nachgefragt», hält Direktorin Silvia Fleury fest. Projekte werden also in vielen Fällen gezielt vorgezogen, um Arbeiten noch steuerlich abziehen zu können. «Auch in den Medien wird dazu aufgerufen, werterhaltende Sanierungen noch vor der Abschaffung des Eigenmietwerts umzusetzen. Dieser Trend wird sich auch in der Maler- und Gipserbranche manifestieren.»

Wirkt sich das auch auf die Preise aus, sprich: Sind diese momentan am Steigen für gewisse Arbeiten? «Daran arbeiten wir auch als Berufsverband. Diese Entwicklung wäre begrüssenswert, da die Preise in der Maler- und Gipser-Branche derzeit auch im Quervergleich zu tief bemessen sind und nicht dem eigentlichen Wert von Maler- und Gipserarbeiten entsprechen. Qualitativ gute Maler- oder Gipserarbeit kostet etwas; dies dürfte nun zunehmend sichtbar werden», sagt Fleury.

Weil der Fachkräftemangel bereits ständiges Thema sei in der Branche, geht Fleury davon aus, dass es zu Kapazitätsengpässen kommen könnte, wenn die Nachfrage entsprechend steigt. Einige Betriebe melden ihr, dass ihre Kunden teilweise Wartezeiten in Kauf nehmen müssten, die so nicht üblich seien. «Grundsätzlich glaube ich, dass viele werterhal-



Die Aufträge nehmen nach der Abstimmung zum Eigenmietwert-Aus leicht zu. Aber insbesondere die Maler und Gipser befürchten danach mehr Schwarzarbeit.

tende und steuerlich abzugsfähige Arbeiten noch vor der Abschaffung des Eigenmietwerts vorgezogen werden.»

Stadt-Land-Graben

Nun ist aber Wohneigentum in der Stadt anders verteilt als auf dem Land. Theo Schaub, Verwaltungsratspräsident und langjähriger Geschäftsführer und Inhaber der Schaub Maler AG mit Hauptsitz in Zürich, beobachtet im städtischen Umfeld noch keine merkliche Zunahme von Aufträgen im Malergewerbe. «In der Stadt Zürich – mit 25% Genossenschaftswohnungen und einem relativ kleinen Wohneigentumsanteil – sind die Werte offenbar tiefer als in ländlichen Gebieten, wo man sich Wohneigentum noch besser leisten kann», meint Schaub. Arbeit sei so oder so im Überfluss vorhanden, auch Gipserarbeiten erfreuten sich sowohl bei Umbauten als auch Ausbauten (wie z.B. einem Dachstock) anhaltend guter Nachfrage.

Auch die Schreiner spüren eine leichte Zunahme an Aufträgen: Gemäss Andreas Derrer, Ge-

schäftsführer der Schreinerei Derrer AG in Dielsdorf und Präsident des kantonalen Schreinermeisterverbands, spürt seine Branche auch eine leicht erhöhte Nachfrage bei den privaten Eigentümern. «Tendenziell ist aber nicht markant mehr Arbeit angefallen.» Innerhalb des Verbands, in dessen Vorstand er sich umhörte, spürten im Sanierungsbereich jene eine leicht erhöhte Nachfrage, die viel mit Privaten arbeiten. Allerdings würden Arbeiten erledigt, «die sowieso abgewickelt werden müssen». So seien die Schreiner etwa typischerweise mit Küchenanierungen, Haustüren und anderen werterhaltenden Massnahmen beschäftigt, die nun etwas öfter zeitlich vorgezogen würden.

Leicht erhöhte Nachfrage

Längere Wartezeiten für gewisse Arbeiten drohten aber deswegen nicht. «Wir können das noch gut bewältigen.» Dennoch rechnet Derrer eher mit einer anhaltend hohen Nachfrage bis 2028 – oder bis der Eigenmietwert endgültig wegfällt. Danach könne es «eine feine Delle» mit Nachfrage-

rückgang geben. Aber einbrechen werde die Nachfrage bei den Schreibern nicht, ist er überzeugt. «Der Schweizer will ja seine Liegenschaft im Schuss behalten – nicht nur wegen der Steuern.»

Auch EIT.zürich, der Verband der Elektroberufe, sieht wenig Änderung bei der Nachfrage – zumindest gilt dies für Stadtgebiete und die Agglomeration. Speziell wegen der Eigenmietwertabschaffung vorgezogene, zeitlich terminierte Projekte seien noch nicht festzustellen. «Eine Zunahme von Anfragen ist jedoch spürbar für Rechnungen vor Ende Jahr oder vor bestimmten Terminen, wenn Unterstützungsbeiträge oder Subventionen wegfallen oder zukünftige Subventionen nicht bekannt sind (z.B. bei Photovoltaikanlagen oder im Bereich E-Mobility)», heisst es beim Verband. Käme es zu einer weiteren Erhöhung der Nachfrage, würde dies Kapazitätsengpässe auslösen. «Darunter würde die Qualität leiden, da nicht die richtigen Fachkräfte eingesetzt werden könnten.»

Bezüglich der Zeit nach der Abschaffung des Eigenmietwerts er-

wartet der Verband EIT.Zürich keinen Einbruch: Der Investitionsbedarf in Immobilien werde auch nach 2028 vorhanden sein. Bei privaten Bauherren könne es aber zu einer vorübergehenden Abschwächung kommen, die über 3 bis 5 Jahre aufgefangen sein werde. Je nach Wirtschaftslage

EINSCHÄTZUNG DER BANKEN

«Handwerker dürfen oder müssen sich auf eine intensive Zeit einstellen»

Viele Eigentümer haben das Abstimmungsergebnis mit grosser Freude aufgenommen. Die Einschätzung der Banken: Im Grossen und Ganzen werden die Kunden nach Abschaffung des Eigenmietwerts weniger Steuern zahlen. Allerdings trifft das auf Eigenheimbesitzer, die neu eine Liegenschaft erwerben, tendenziell weniger zu. Die Zürcher Kantonalbank rät auf ihrem Immobilienblog, die Übergangsfrist zu nutzen und Sanierungsvorhaben noch steuerlich geltend zu machen. «Aufgeschobene, längst überfällige Massnahmen sollten nachgeholt und auch

könnte es auch einen Nachholbedarf von zurückgestellten Investitionen geben.

Schwarzarbeit

In der Baubranche befürchten viele für die Zeit nach 2028, dass der Anteil an Schwarzarbeit steigen wird, weil die ordentliche Rechnung für Instandstellungen und Sanierungen nicht mehr abzugsfähig sein wird. So schreibt etwa der Verband der Elektroberufe: «Insbesondere im privaten Sektor ist nicht auszuschliessen, dass die Schwarzarbeit steigen kann.» Es werde sicherlich ent-

schaft schaden.» Der Verband engagiere sich deshalb politisch und zusammen mit anderen Akteuren wie der Suva in der Kommunikation in diesem Bereich.

Die Malerbranche gehe davon aus, dass private Liegenschaften künftig deutlich schlechter unterhalten würden. «Gehen Sie einmal über die Grenze und schauen sich den Zustand der Liegenschaften in Deutschland oder Frankreich an. Der Unterschied zum Zustand der Bausubstanz in der Schweiz ist offensichtlich», warnt Theo Schaub. Nach dem kurzfristigen Sanierungsboom

«Der Schweizer will ja seine Liegenschaft im Schuss behalten – nicht nur wegen der Steuern.»

Andreas Derrer

Präsident Schreinermeisterverband Kanton Zürich

sprechende Kontrollen oder Kontrollmechanismen brauchen.

Am meisten Sorgen bereitet das Thema Schwarzarbeit wohl der Maler- und Gipserbranche: «Dies erhöht den Anreiz, solche Arbeiten unter der Hand an unseriöse Unternehmen zu vergeben, die Dumpingpreise anbieten und die Abgaben an die Sozialwerke nicht leisten. Hier sind alle Beteiligten aus Politik und Wirtschaft gefordert, Gegenmassnahmen zu treffen. Denn eine solche Entwicklung würde wegen des Wegfalls der Beiträge an AHV, ALV, Suva etc. der gesamten Gesell-

schaften auch Banken mittel- und langfristig eine Verschlechterung des Gebäudezustands (siehe Kasten).

Schwarzarbeit im Schreinerhandwerk wird indes kaum als Problem gesehen. «Seriöse Firmen, die eine Infrastruktur haben, können sich das gar nicht erlauben», sagt Andreas Derrer vom Zürcher Schreinermeisterverband. Die Einstiegshürde in die Schwarzarbeit sei im Vergleich zum Maler- und Gipsergewerbe höher. Die Qualität, aber auch die relativ hohen Hürden für die Produktion verhinderten Missbrauch.

Da Massnahmen gemeinsam beschlossen werden müssen, ist es entscheidend, frühzeitig Gespräche zu führen und finanziell vorbereitet zu sein. Genau hier liegt jedoch oft das Problem: «Unsere Analyse der Erneuerungsfonds zeigt, dass diese in der Regel nicht ausreichend geöffnet sind», so die ZKB. Vielen Eigenheimbesitzern seien nicht alle Auswirkungen bewusst gewesen, so die Raiffeisen. So fällt auch der allgemeine Schuldzinsabzug – der nicht nur die Hypothek, sondern auch private Schulden betrifft – beim Sonderfall «Eigenheimbewohner» weg.

Warum uns die Klimafonds-Initiative teuer zu stehen kommt

Am 8. März stimmen wir über die Klimafonds-Initiative ab. Was auf den ersten Blick nach einem engagierten Beitrag zum Klimaschutz klingen könnte, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als finanzpolitisches Risiko mit weitreichenden Folgen. Die Initiative verlangt die Schaffung eines staatlichen Klimafonds, der jährlich mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts gespiesen wird.

Philipp Kutter

Finanziert werden soll dieser Fonds nicht über bestehende Einnahmen oder klare Prioritätensetzungen, sondern über neue Schulden ausserhalb der Schuldenbremse. Bis 2050 würden sich die Ausgaben auf bis zu 200 Milliarden Franken summieren. Damit wird eines der wichtigsten finanzpolitischen Stabilitätsinstrumente der Schweiz bewusst ausgehebelt.

Der Bundesrat lehnt die Initiative in seiner Botschaft klar ab. Der Grund ist einfach und überzeugend: Neue Schulden verschwinden nicht. Sie müssen zurückgezahlt werden und verursachen zusätzlich steigende Zinskosten. Um diese Belastung zu decken, wären massive Steuererhöhungen unausweichlich. Gemäss Berechnungen müsste die direkte Bundessteuer um fast 30 Prozent erhöht oder die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Für einen durchschnittlichen Haushalt bedeutet dies Mehrkosten von rund 1280 Franken pro Jahr.

Bevölkerung und Wirtschaft

Diese Zusatzbelastung trifft Familien, Arbeitnehmende und

Unternehmen gleichermaßen. Gerade der Mittelstand und die Wirtschaft im Kanton Zürich würden spürbar geschwächt. Das gefährdet Arbeitsplätze und Investitionen und schmälert zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz.

«Die Klimafonds-Initiative ist damit unbezahlbar, ungerecht und finanzpolitisch verantwortungslos. Sie schwächt den Wirtschaftsstandort, belastet die Bevölkerung und untergräbt bewährte Strukturen.»

Philipp Kutter
Nationalrat Die Mitte

Besonders problematisch ist zudem der Umgang mit der Schuldenbremse. Der Klimafonds soll explizit davon ausgenommen werden.

Damit wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Wenn einmal akzeptiert wird, dass politisch erwünschte Ausgaben ausserhalb der bewährten Regeln finanziert werden, gerät die finanzielle Disziplin insgesamt unter Druck.

Hinzu kommt die Verdrängung anderer wichtiger Bundesaufgaben. Mit einem jährlichen Finanzbedarf von fünf bis zehn Prozent des gesamten Bundesbudgets fehlt künftig Geld für soziale Sicherheit, das Gesundheitswesen, die Verkehrsinfrastruktur, Landwirtschaft oder Kultur.



Philipp Kutter ist Nationalrat (Die Mitte) und Stadtpräsident von Wädenswil.

währte Instrumente wie die CO₂-Abgabe oder der Emissionshandel setzen dort an, wo Emissionen entstehen, und wirken effizient und verursachergerecht.

Der Klima-Schuldenfonds hingegen setzt primär auf teure Subventionen. Diese verdrängen wirksame marktwirtschaftliche Instrumente und führen zu höheren Kosten bei geringerem Nutzen für das Klima.

Die Klimafonds-Initiative ist damit unbezahlbar, ungerecht und finanzpolitisch verantwortungslos. Sie schwächt den Wirtschaftsstandort, belastet die Bevölkerung und untergräbt bewährte Strukturen. Für einen wirksamen Klimaschutz braucht es kluge Lösungen, keine Schulden auf Kosten künftiger Generationen. Deshalb braucht es am 8. März ein klares NEIN zum Klima-Schuldenfonds.

Schweiz handelt bereits wirksam

Dabei ist die Schweiz beim Klimaschutz keineswegs untätig. Bereits heute werden jährlich über 3 Milliarden Franken für klimarelevante Massnahmen aufgewendet. Seit 1990 konnten die Treibhausgasemissionen um rund 26 Prozent reduziert werden. Be-

PAROLEN KGV DER VOLKSABSTIMMUNG VOM 8. MÄRZ 2026

Ja zur SRG-Initiative

Am 8. März 2026 stimmt die Schweiz über die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» ab. Sie verlangt, die heutige Haushaltsabgabe von 335 auf 200 Franken zu senken und Unternehmen vollständig von der SRG-Gebühr zu befreien. Zudem soll sich die SRG stärker auf den Service-public-Auftrag konzentrieren und gebührenfinanzierte Angebote reduzieren, die in Konkurrenz zu privaten Medien stehen.

Meinung KGV: Die Schweizer Bevölkerung zahlt mit heute 335 Fr. die weltweit höchsten geräteunabhängigen Radio- und TV-Gebühren. Das KMU werden dabei doppelt belastet: als Inhaber mit der die Haushaltsabgabe und zusätzlich als Unternehmen über den Betrieb mit SRG-Abgaben. Wenn man mehrere Unternehmen hat, kommen weitere Abgaben dazu. Diese Handhabung ist falsch und ungerechtfertigt. Unternehmen können weder TV schauen noch Radio hören. Trotzdem werden ihnen dafür jedes Jahr insgesamt 180 Millionen Franken in Rechnung gestellt. Die Initiative entlastet KMU vollständig von dieser ungerechtfertigten Mediensteuer. **Parole: Ja**

Nein zur Klimafonds-Initiative

Die von der SP und den Grünen eingereichte «Klimafonds-Initiative» möchte einen Fonds schaffen, dessen Mittel unter anderem in Massnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz oder der

Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäude und Wirtschaft fliessen. Die Gelder dafür sollen aus dem Bundeshaushalt kommen.

Meinung KGV: Aus Sicht der KMU ist die Klimafonds-Initiative problematisch, weil sie einen sehr teuren Bundesfonds schaffen will, der jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP erhält, also derzeit rund 3,9 bis 7,7 Milliarden Franken. Dieses Geld müsste entweder über neue Steuern oder zusätzliche Schulden

finanziert werden und könnte damit die Abgabenlast erhöhen. Für KMU drohen zudem weniger Mittel für andere wichtige Wirtschafts- und Innovationsförderungen. Der Fonds setzt stark auf Subventionen statt auf marktwirtschaftliche Anreize und könnte den heutigen Weg mit gezielten Fördermassnahmen und Instrumenten

untergraben. Zudem besteht die Gefahr, dass staatliche Investitionen private Investitionen verdrängen und Mittel ineffizient eingesetzt werden.

Parole: Nein

Vorlage Individualbesteuerung

Das Gesetz führt die Individualbesteuerung für Ehepaare ein, erhöht den Kinderabzug auf 12 000 Franken und senkt die Steuern für tiefe/mittlere Einkommen bei leicht höheren Sätzen für hohe Einkommen. Ziel sind die Abschaffung der Heiratsstrafe,

mehr Erwerbsanreize und weniger Fachkräftemangel; Kosten: 630 Mio. weniger Einnahmen.

Meinung KGV: Mit der Initiative wird das Steuersystem modernisiert und es sollten mehr Erwerbsanreize geschaffen werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Gleichzeitig birgt die Initiative die Gefahr, dass die Steuerbürokratie grösser wird und neue Ungerechtigkeiten entstehen. Von beidem sind KMU betroffen. Mehrere unterschiedliche Themen finden sich in der Vorlage (Arbeitsmarktpolitik, Fiskalpolitik und Gesellschaftliches). Daher ist es ein Abwägen von Vor- und Nachteilen und ist eine persönliche Gewichtung angebracht, welche die Fassung einer Parole als Verband schwierig macht. **Keine Parole**

Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» und Gegenentwurf

Die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» und der direkte Gegenentwurf haben beide das Ziel, Bargeld als allgemein verfügbares Zahlungsmittel zu sichern. Die Initiative verlangt, dass der Bund Münzen und Banknoten stets in genügender Menge bereitstellt und dass ein allfälliger Ersatz des Frankens nur mit Zustimmung von Volk und Ständen erfolgen darf; der Gegenvorschlag schreibt zusätzlich Bargeldversorgung und den Franken als Landeswährung in die Verfassung. **Meinung KGV:** Für KMU sind die Auswirkungen insgesamt moderat, weil vor allem der Status quo verfassungsrechtlich abgesichert wird. **Keine Parole**

Anzeige

«Der Klima-Schuldenfonds ist ein Angriff auf die Schuldenbremse und führt zu höheren Steuern für Haushalte und Unternehmen.»

Am 8. März
NEIN
ZUM KLIMA-SCHULDENFONDS

klimafonds-nein.ch

Zürcher Komitee «Klima-Schuldenfonds NEIN»
c/o Communicators AG, Oberdorfstrasse 32, 8001 Zürich



Anzeige

WIR SIND IHRE
BRÜCKEN
bauer

**DER KGV BRINGT UNTERNEHMERINNEN
UND UNTERNEHMER ZUSAMMEN UND STELLT
SEIN WISSEN ZUR VERFÜGUNG.**

Ja zur Individualbesteuerung

Eine Steuerreduktion von 600 Mio. Franken für den Mittelstand – das ist nicht utopisch, sondern wäre die Folge der Abschaffung der Heiratsstrafe dank der Individualbesteuerung.

Regine Sauter

Heute werden Ehepaare gegenüber unverheiratet zusammenlebenden Paaren steuerlich benachteiligt. Da bei Ehepaaren beide Einkommen zusammengezählt werden, kommen sie in eine höhere Progressionsstufe und bezahlen mehr Steuern: Das Zweiteinkommen – vielfach jenes der Ehefrau – wird gleich wieder wegbesteuert. Arbeit lohnt sich nicht. Das ist nicht nur unfair, sondern auch verfassungswidrig, wie das Bundesgericht schon 1984 erkannt hat. Hier schafft nun die Individualbesteuerung Abhilfe: In Zukunft werden alle Steuerpflichtigen in der Schweiz ausschliesslich nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und nicht mehr nach ihrem Zivilstand besteuert. Gleichzeitig führt dies zu einer steuerlichen Entlastung von rund 600 Mio. Franken. Davon profitiert insbesondere der Mittelstand.



Regine Sauter,
Nationalrätin FDP.

Schwache Gegenargumente

Man komme mir nun nicht damit, dass die Umstellung auf das neue Steuersystem einen grossen bürokratischen Aufwand bedeute. Bereits heute wird die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung individuell besteuert; es wird niemand verheiratet geboren, und die durchschnittliche Ehedauer liegt gerade einmal bei 16 Jahren. Es wird einen gewissen Initialaufwand geben, anschliessend pendelt sich das ein, und in Zukunft werden Steuererklärungen ohnehin mithilfe von KI effizienter überprüft werden können. Die Klärung der ehelichen Vermögensverhältnisse schon vor dem Tod oder einer Scheidung ist ohnehin angezeigt, und sie erfolgt genau einmal. Zudem haben wir

gerade die Abschaffung des Eigenmietwerts beschlossen. Eine der grössten Aufwandpositionen fällt für die Steuerämter damit weg.

Konkrete Lösung vorhanden

Die Gegner der Vorlage erklären, wie man das Problem der Heiratsstrafe besser angehen müsste. Mag sein, dass es andere Lösungen gäbe. Nur – keine ist auch nur annähernd spruchreif oder auch mehrheitsfähig. Gerade das Vollsplittin g,

welches gerne genannt wird, würde beispielsweise zu massiven Steuerausfällen führen. Ganz abgesehen davon, dass es zu einer Privilegierung von Ehepaaren im Vergleich zu Konkubinen führen würde. Fortschrittlich ist anders.

Diskutieren wir also nicht über Phantome, sondern sagen

Ja zur fortschrittlichen, praktischen und ausgewogenen Lösung, die jetzt auf dem Tisch liegt. Sagen wir wie Bundesrat und Parlament Ja zur Individualbesteuerung, schaffen wir die Heiratsstrafe endlich ab und sorgen wir dafür, dass Arbeit sich lohnt.

INFO

Vorlage zur Individualbesteuerung im Überblick

Was? Am 8. März wird über ein neues Bundesgesetz zur Individualbesteuerung abgestimmt. Es würde die steuerliche Sonderbehandlung von Ehepaaren abschaffen: Jede Person – egal ob verheiratet oder nicht – soll künftig einzeln besteuert werden.

Warum? Ziel ist es, die «Hei-

ratsstrafe» zu beseitigen, also die höhere Steuerlast, die viele verheiratete Paare im Vergleich zu unverheirateten haben.

Yvonne Sauter

Im März stimmt die Schweiz über die Individualbesteuerung ab. Auslöser ist die sogenannte Heiratsstrafe: Verheiratete Paare werden aufgrund der progressiven Steuertarife gegenüber unverheirateten Paaren mit vergleichbarem Einkommen benachteiligt. Entscheidend ist deshalb nicht, ob diese Ungerechtigkeit beseitigt wird, sondern wie. Was auf dem Papier

einfach klingt – Besteuerung unabhängig vom Zivilstand – hätte in der Praxis weitreichende Folgen. Ehepaare müssten neu zwei Steuererklärungen einreichen und Einkommen, Vermögen sowie Abzüge jährlich aufteilen. Gleichzeitig würde ein grundlegender Umbau des Steuersystems auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene ausgelöst.

Systemumbau mit Folgen

Der Bund rechnet mit rund 1,7 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen pro Jahr. Umsetzen müssten dies Kantone, Gemeinden und ihre Steuerämter. IT-Systeme

würden anzu- passen, Prozesse neu aufzusetzen, zusätzliches Personal nötig. Die langen Übergangsfristen zeigen, wie komplex die Umstellung ist. Dass zehn Kantone das Kantonsreferendum ergriffen haben, unterstreicht die föderalen und finanziellen Bedenken.

wären anzupassen, Prozesse neu aufzusetzen, zusätzliches Personal nötig. Die langen Übergangsfristen zeigen, wie komplex die Umstellung ist. Dass zehn Kantone das Kantonsreferendum ergriffen haben, unterstreicht die föderalen und finanziellen Bedenken.

KMU und Alltagsrealität

Besonders betroffen sind Gewerbe und KMU. In vielen Betrieben sind die Grenzen zwischen Unternehmer, Familie und Betrieb fließend: Das Geschäftsauto wird privat genutzt, das Arbeitszimmer befindet sich im Eigenheim. Die Individualbesteuerung erzwingt hier eine künstliche Trennung, die an der Realität vorbeigeht und neue Abgrenzungsprobleme schafft. Auch Familien mit ungleicher Einkommensverteilung geraten unter Druck – etwa wegen Betreuungs-, Pflegearbeit oder Weiterbildung. Problematisch ist zudem der Kinderabzug, der hälftig aufgeteilt und nicht übertragbar wäre. Dadurch gehen Abzüge verloren und bestimmte Erwerbsmodelle werden steuerlich bevorzugt. Profitieren würden vor allem kinderlose Doppelverdiener mit ähnlichen Einkommen. Für viele Mittelstandsfamilien, Einverdiener-Modelle und Familienbetriebe entstehen hingegen neue Nachteile und zusätzlicher Aufwand.

Die Abschaffung der Heiratsstrafe ist richtig. Die Individualbesteuerung ist dafür jedoch ein unnötig komplizierter, teurer und praxisferner Weg. Ein Nein am 8. März ist deshalb kein Nein zur Fairness. Es ist ein Nein zu einem Systemumbau mit erheblichen Nebenwirkungen – und ein Ja zu einer pragmatischen, föderal vertäglichen Lösung.



Yvonne Bürgin,
Nationalrätin Die Mitte



Karl Lüönd, der Journalist als Erzähler

NACHRUH
KARL LÜÖND



Publizist, Autor (12. Mai 1945–9. Feb. 2026)

Ben feierten wir noch seinen 80. Geburtstag, im «Strauss» in Winterthur. Karl Lüönd im tadellos schwarzen Anzug, weisses Hemd, silberne Krawatte. Flankiert von Walter Frey, umgeben von Medienlegenden Hildegard Schwaninger, Fibo Deutsch, Suzanne Speich. Kari – in jeder Hinsicht eine Wucht, der Herrscher im Raum, alle und alles stets im Auge, spendabel und genüsslicher, der Jubilar blickt mit Genugtuung auf seine 80 Jahre. Am 12. Mai 1945 in Flüelen geboren, Arbeitermilieu, beginnt als Gymnasiast zu schreiben, 1974 Chefredaktion «Blick», 1980 Chefredaktor «Züri Leu», gründet 1982 die «Züri Woche», leitet ab 1998 das Medieninstitut des Verlegerverbandes, schreibt 30 Sachbücher – über den Ringier-Verlag, das Zürcher Kinderspital, die Sterbehilfe Exit. «Blick» war kein Zufall. Nur er interessierte sich damals für Geschichten, die das Leben so schreibt.

Und Karl interessierte, was Menschen bewegt: das alltägliche Drama von Angst und Wut, Staunen und Mitleid, Hass und Schadenfreude. Das Kreatürliche an Menschen halt, nicht was sie politisch so meinen. Das hatte etwas boulevardesk Befreiendes, Anarchisches, und da war Karl daheim, das machte ihm (und andern) grossen Spass. Wenn er dann in «Züri Leu», «Züri Woche» und später (bis 2020) die «Zürcher Wirtschaft, lustvoll gegen das Linke und Urbane schrieb, dann weniger, weil es ihm parteipolitisch nicht passte; es war ihm einfach zu saftlos, zu abgehoben, kein Stoff für Erzählungen. Gewiss war seine Tonart bürgerlich, schon weil er die Realität attraktiver fand als Visionen. Stramm bürgerlich konnte er nie werden, zu sehr mochte er Querschläger und Spinner. Privat unterhielten wir uns nie über Trump oder die EU oder KI. Kari war auch da auf dem Laufendem, aber die Munitionsfabrik, in der sein Vater gearbeitet hatte, war einfach unendlich spannender. Erst recht die Winkelzüge der Publicitas, über die er grad ein Buch schrieb. Wenn er damit mal begann, dauerte es. Ein fast

antiker Rhapsode, jedes Detail abrufbar, seine Sprache eher kurzangebunden, klar, direkt, immun gegen Moden und vorgestanzte Vokabeln. Umso farbiger lebten die Geschichten auf. So porträtierte der Buchautor all die Unternehmer: Karl Schwenk und Denner, die Blochers und die Ems-Chemie, Emil Frey, Walter Reist, die Baloise. In ihrem Kreis fühlte er sich im Element. Er sah die Welt selber unternehmerisch, stets mit der Frage, was wir anstellen könnten – mal ein Buch (über Anwälte, 2005), mal eine Sonntagszeitung («Neues Sonntagsblatt», 1986). Kari, der Anreger, rare Mischung von Ideenfülle und Pragmatismus. Als Jäger traf er stets – auch mit seinem Magazin «Jagd & Natur». «Das Gewissen der Branche» nannte man ihn. Nun, er war ein Meister im detailrealistischen Hinsehen und gründlichen Wissenwollen. Aus gewissenhafter Pflicht? Eher aus Erzähllust. Wer so vital interessiert ist an der Farbigekeit seiner Geschichten, braucht keine Sonderethik, er wird noch der kleinsten Figur von selbst gerecht. Danke, Kari! Gute Zuhörer da oben!

Ludwig Hasler, Kolumnist

Überparteiliches Komitee
«JA zur Individualbesteuerung»

Heiratsstrafe abschaffen, Erwerbsarbeit fördern

ja-zur-individualbesteuerung.ch

JA zur Individualbesteuerung

8. März 2026

Wenn es darauf ankommt.

Unsere Treuhandprofis kennen den Weg.

TREUHAND | SUISSE

www.treuhanduisse-zh.ch
Schweizerischer Treuhanderverband
Sektion Zürich



Gymnasium: Keine Aufweichung des Schwerpunktfachs Wirtschaft und Recht

Die Reform des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements zielt darauf ab, die gymnasiale Bildung zu stärken. Wirtschaft und Recht wird als Grundlagenfach verankert. Für die Berufsbildungskommission des KGV (BBK) ist die geplante Dotation von lediglich acht Semesterlektionen zu wenig. Zudem soll im Schwerpunktfach keine Verwässerung stattfinden. Wirtschaft und Recht ist in sich interdisziplinär.

Dieter Kläy

Mit der Totalrevision des Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) und der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) sowie der Verabschiedung des neuen nationalen Rahmenlehrplans haben Bund und Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) per 1. August 2024 die Grundlagen für eine schweizweite Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität geschaffen. Sie soll das seit 1995 bestehende System ablösen. Ziele der Reform sind die Sicherstellung der allgemeinen Studierfähigkeit, die Förderung einer vertieften Gesellschaftsreife sowie die Steigerung der schweizweiten Vergleichbarkeit der Maturitätsabschlüsse. Die Kantone müssen die Bundesvorgaben bis zum Schuljahr 2029/2030 umsetzen.

Systemwechsel an Gymnasien

Heute bieten die 22 Kantonschulen im Kanton Zürich sechs Maturitätsprofile an: altsprachlich, neusprachlich, mathematisch-naturwissenschaftlich, wirtschaftlich-rechtswissenschaftlich, musisch und philosophisch-pädagogisch-psychologisch. Neu werden diese durch interdisziplinäre Schwerpunktfächer ersetzt.

Im Kanton Zürich wurde die Umsetzung der Bundesvorgaben im Rahmen des Projekts Weiterentwicklung der Gymnasien (WegZH) vorbereitet und unter Einbezug des Schulfelds Vorschlä-



Die Reform würde Wirtschaft und Recht an der Kantonsschule zwar stärken, doch durch Vermischung mit weiteren Fächern verwässern. stock.adobe.com/JackF

ge erarbeitet, die von September bis Mitte Dezember 2025 im Rahmen einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt wurden. Im Zentrum stehen das schulische Angebot, die Grundlagen-, Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer, die kantonale Rahmenstundentafel, die Streichung der Maturitätsprofile und weitere Elemente, die die Rahmenbestimmungen für den Schulbetrieb betreffen. Die Zahl der Schulstunden soll nicht erhöht werden.

12 Schwerpunktfächer

Im Vernehmlassungsentwurf zeigen sich einige Neuerungen. Die Stundentafel für die Grundlagenfächer wie z.B. Deutsch, Geschichte oder Mathematik soll an allen

Kantonsschulen die gleiche sein. Sie bildet das Fundament der gymnasialen Ausbildung. Neu gehört auch Wirtschaft und Recht für alle Schülerinnen und Schüler dazu. Insgesamt stärker gewichtet werden Sozial- und Naturwissenschaften sowie Wirtschaft und Recht. Neu werden zwölf Schwerpunkte geschaffen, unter anderem Naturgesetze und mathematische Strukturen, Engineering, Medien-Identität-Kommunikation, Italienisch, Spanisch, Latein, Geopolitik und Wirtschaft und Recht und weitere.

Wirtschaft und Recht im Fokus

Begrüssenswert an der Reform ist, dass das Schulfach Wirtschaft

und Recht insgesamt gestärkt wird, ist doch Wirtschaftskompetenz ein wesentlicher Pfeiler des Wirtschaftskantons Zürich. Künftig sollen sich die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die letzten vier Jahre bis zur Matur rund doppelt so intensiv damit auseinandersetzen wie heute.

Hingegen droht beim bisherigen Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht eine Verwässerung, was die BBK ablehnt. Das von rund 20 Prozent gewählte Schwerpunktfach soll mit Geografie oder Geschichte zu einem Mischfach werden, nur damit die vom Bund vorgegebene Interdisziplinarität eingehalten werden kann. Die BBK hat sich in ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage sowohl für eine Erhöhung der Stundendotation ausgesprochen wie auch gegen eine Verwässerung des Schwerpunktfachs plädiert. Das Fach Wirtschaft und Recht ist in sich interdisziplinär und bedarf keiner Aufweichung. Nach Auswertung der Vernehmlassungsantworten wird der Bildungsrat 2026 die weiteren Beschlüsse fassen. Die BBK wird das Projekt weiterhin genau verfolgen.



Dieter Kläy ist Präsident der Berufsbildungskommission (BBK) des KGV.

Generationen im Fokus im Unterland

Der erste Anlass des Berufsbildungsforums Zürcher Unterland Flughafen vom 22. Januar in Watt bei Regensdorf brachte die Generationenfrage aufs Tapet – frisch verpackt in viele Praxisbeispiele und frei von Klischees.

Mark Gasser

«Unterschiede der Generationen – Herausforderungen und Chancen in der Berufsbildung.» Unter diesem Motto führte das Berufsbildungsforum (BBF) Zürcher Unterland Flughafen im Hotel Thessoni in Watt bei Regensdorf seine erste grössere Veranstaltung durch. So will das BBF seinen Bekanntheitsgrad steigern. Das schien zu gelingen: Präsident Urs Müller begrüßte einen vollen Saal, darunter rund zwei Fünftel Mitglieder des BBF – was auf einige Neumitglieder unter den Gewerblern, Ausbilderinnen und HR-Verantwortlichen hoffen liess. Die Bezirksgewerbeverbände Dielsdorf und Bülach organisierten den Anlass mit.

Müller leitete über zum Inputreferat von Vera Class, Berufsbildungsexpertin und mitunter Spezialistin für wertschätzende Kommunikation unter Führungskräften. Sie stellte klar, dass sie die «Unterschiede der Generationen» eher fluid und nicht kategorisch betrachtet – quasi als Produkte sich wandelnder gesellschaftlicher und kultureller Herausforderungen und Umweltprägungen, etwa von neueren Errungenschaften wie dem Smartphone. Das wiederum färbe auf die Berufsbildung ab – in dieser müssten gerade Auszubildende bereit sein, stets die Perspektive zu wechseln und selbst zu lernen, um als soziale Schaltstellen Orientierung zu geben.

Publikum diskutiert mit

Das Publikum wurde nicht auf passive Zuhören reduziert: «Bei mir muss man mitmachen, man kann sich nicht nur berieseln lassen. Es gibt einen Unterschied zwischen Hirnnutzern und Hirnbesitzern», so Class. Sie bat die



Berufsbildungsexpertin Vera Class liess das Publikum mitdiskutieren. Bild M.G.

Anwesenden, mit den Sitznachbarn zu erörtern, was sie in ihrer Jugend beschäftigt habe – im Alter zwischen 7 und 14, in dem «entwicklungspsychologisch viel abläuft». Da wurde über frisierte Töffli diskutiert, über erste Liebe, Schlaghosen, Lochstreifen, über die ersten surrenden Macintoshs im Büro oder über die feierliche Einweihung des ersten Faxgeräts. «In den letzten 20 Jahren hat sich so viel verändert, dass wir gar nicht wissen, was Jüngere darüber wissen, was wir damals hatten.»

Generationen teilen also gesellschaftliche Erfahrungen – das schweisst zusammen und führt zu einer spezifischen Art des Fühlens, Denkens und Handelns. «Andere Generationen haben eine andere Realität.» Bei so vielen Kompetenzen, die die neue Welt verlangt, müssten auch wir Älteren mit der Zeit gehen. Sie selber lerne daher jeden Tag etwas von Lernenden. Beim Kennenlernen neuer Apps merkte sie: «Ich bin ein ständiges Bildungsprovisorium.» Das tägliche Gemeinsam-auf-den-Weg-Gehen sei heute mehr gefragt als Autoritarismus – und letztlich auch eine Handlungsfrage: Bin ich auch Lernende? «Dafür bringe ich ihnen bei, wie man sozialverträglich Schluss macht. Und das geht nicht per Handy», scherzte Class.

Anschliessend wurde im Zuge der Frage, ob Jugendliche noch Respekt hätten, über Erziehungsmethoden diskutiert. «Wir waren früher nicht anständiger, hatten aber schlichtweg Angst», so Class. Sie bat die

me aus dem Publikum. Class wies auf das veränderte Respektsverständnis hin. Titel interessierten die Jungen heute zum Beispiel weniger: «Das finde ich eine Errungenschaft. Man muss nicht Respekt haben vor etwas, das einen ungleich macht», befand sie. «Wir sind nicht gleich, aber wir sind gleich viel wert.» Keine Generation wisse so genau wie die Gen Z, was ihre Rechte seien. Doch man müsse ihnen auch ihre Pflichten aufzeigen, Grenzen und Regeln definieren. «Intervention ist notwendig, das erwarten sie auch von uns.» Kaum überraschend, ist den jüngeren Generationen in einer Welt voller Ablenkungen und Reizüberflutung Authentizität wichtig: Sie möchten Führungskräfte, die echt und präsent sind, auch mal wütend – aber berechenbar und sie selber.

KI und soziale Vereinsamung

Besorgt war Class über den drohenden Verlust des kritischen Denkens durch die KI-Möglichkeiten und die Verknappung echter sozialer Interaktionen. «Wenn wir gegen die Maschine antreten wollen, müssen wir das hochfahren.» Je mehr Digitalisierung, desto mehr soziale Interaktion sei als Gegensteuer nötig. «Wir müssen mehr miteinander reden.» Kaum erstaunlich, dass Jugendliche überwältigt und überfordert sind mit Selbstorganisation.

Lehre früher und heute

Im Anschluss moderierte Class ein Podium mit Werner Scherrer,

KGV-Präsident und selber einst im Vorstand des BBF, sowie Stefan Krebs, im Bildungsrat (für den KGV) und Unternehmer mit acht Lernenden. Engagiert diskutierten sie über heutige Anforderungen an Lehrstellen (wie Teilzeitpensen in der Lehre, die Scherrer kategorisch ablehnt) sowie ihren eigenen Werdegang.

Krebs sagte, er habe während seiner Lehre vier Berufsbildner gehabt. «Aber von jedem konnte ich lernen.» Heute habe man sehr viele Weiterbildungsmöglichkeiten. Und: «Wir alle müssen Lehrstellen schaffen im Wissen dass Lernende schwierig sein können. Aber vielleicht müssen wir die Sicht auch etwas ändern.»

Werner Scherrers Berufslehre als Mechaniker begann harzig: Er sei von seinem ersten Lehrmeister ausgenutzt worden. Er habe nach anderthalb Jahren nicht gewusst, was eine Drehbank ist. So lernte er in den restlichen zweieinhalb Jahren, was es heisst, wenn ein Auszubildender freundschaftlich, aber immer hart am Limit fordert. Schliesslich schloss er die Prüfung dann doch souverän ab.

Thomas Meier, Vorstandsmitglied des BBF, bedankte sich bei Vera Class und wünschte dem Publikum, dass man mit Stolz ein besseres Vorbild vorlebe. Freude haben und Leidenschaft verkörpern, mit sich zufrieden sein – diese Ausstrahlung wirke sich positiv aus.

www.bbfzuzf.ch

INFO

Berufsbildungsforen: Finanzierung, Tätigkeit

Die regionalen Berufsbildungsforen im Kanton Zürich sind als neun eigenständige Vereine organisiert. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) fördert den regelmässigen Austausch unter den Foren. Die Finanzierung wird durch das MBA und durch Aktivitäten der Foren sowie durch Mitgliederbeiträge gewährleistet.

Anzeige

Nachfolge sichern
mit kompetenter Unterstützung und Verstärkung

Business Consulting | Interim Management | Executive Search | Business Services

aviando

aviando.ch

Winterthur: Kritik an Studie über Wirtschaftsverkehr

Der KMU-Verband Winterthur und Umgebung begrüsst die kürzlich von der Stadt Winterthur vorgestellte Grundlagenstudie zum Wirtschaftsverkehr, kritisiert jedoch deren verkehrspolitische Ausrichtung als unzureichend wirtschaftsfreundlich. Besonders besorgt zeigt sich der Verband über das Ziel der Stadt, den motorisierten Individualverkehr bis 2040 um 50 % zu reduzieren. Ohne eine klare Ausnahme für den Wirtschaftsverkehr drohten erhebliche wirtschaftliche Schäden.

Die Studie bestätige zentrale Anliegen der Unternehmen: Ein grosser Teil des Wirtschaftsverkehrs sei nicht verlagerbar, die Stausituation auf den Hauptverkehrsachsen bereits heute kritisch und die rasche Realisierung der Zentrumserschliessung Neuhegigrüze dringend notwendig. Positiv bewertet der Verband die Prüfung von Massnahmen wie spezielle Parkfelder für Liefer- und Dienstleistungsverkehr sowie Ausnahmen bei Verkehrsbeschränkungen. Entscheidend sei jedoch eine konsequente und zeitnahe Umsetzung. Gleichzeitig warnt der Verband davor, dass aktuelle verkehrspolitische Massnahmen den motorisierten Verkehr pauschal einschränken und so KMU stark belasten.

Kritisch sieht der Verband zudem, dass der Wirtschaftsverkehr in der Studie zu tief erfasst wurde, da etwa Fahrzeuge ohne Firmenbeschriftung nicht berücksichtigt seien. Nebst manuellen Verkehrserhebungen (an der Technikum- und St. Galler-Strasse), die besonders die Branchen Dienstleistungen, Bau und Transport als dominant ausmachten, wurden 16 Interviews mit Unternehmen durchgeführt.

Der KMU-Verband fordert unter anderem, den Wirtschaftsverkehr vom Reduktionsziel auszunehmen, ihn vollständig in Planungen zu berücksichtigen, bessere Park- und Ride-Angebote für Pendler zu schaffen sowie gut erreichbare Gewerbezonen an Autobahnanschlüssen einzuplanen. Verkehr dürfe nicht pauschal bekämpft, sondern müsse intelligent gelenkt werden. (ZW)



Wer – wie ein Fussballverein – zur Finanzierung gewinnorientierte Tätigkeiten betreibt, ist steuerpflichtig. Archivbild M.G.

Vereine: Steuerpflichtig oder nicht?

In der Schweiz gibt es 100 000 Vereine. Im Kanton Zürich gibt es gemäss Schätzungen zwischen 8000 und 12 000 Vereine, alleine 2300 sind Sportvereine. Die einen müssen Steuern bezahlen, die anderen nicht. Was macht den Unterschied?

Samuel Dafner

Ob Tennisclub, Frauenchor, Gasenküche, Naturfreunde oder nationaler Sportverband, jeder Verein gilt als juristische Person und ist damit – wie ein Unternehmen – grundsätzlich steuerpflichtig. Die Realität sieht aber differenzierter aus. Viele Vereine sind von der Steuerpflicht befreit. Entscheidend für eine Steuerbefreiung ist die Frage, ob ein Verein gemeinnützig handelt oder wirtschaftlich tätig ist.

Ein typisches Beispiel für einen steuerbefreiten Verein ist demnach eine ehrenamtlich geführte Hilfsorganisation, die Spenden sammelt und diese direkt für öffentliche und gemeinnützige Projekte nutzt. Steuerbefreit sind ferner auch Vereine, die Kultuszwecke verfolgen, also Glaubensgemeinschaften, solange sie keine unternehmerischen Zwecke verfolgen.

Das Gegenbeispiel wäre etwa ein Hauseigentümer-, Mieter-, Berufs- oder Sportverband, der sich in erster Linie um die Interessen und Vorteile seiner Mitglieder kümmert und zur Finanzierung auch gewinnorientierte

wirtschaftliche Tätigkeiten betreibt.

Individuelle Prüfung

In der Praxis ist die Unterscheidung zwischen gemeinnützigen und wirtschaftlichen – also steuerbaren und nicht steuerbaren – Bereichen gar nicht immer so klar. Deshalb müssen Vereine, die eine Steuerbefreiung erlangen möchten,

«Entscheidend für eine Steuerbefreiung ist die Frage, ob ein Verein gemeinnützig handelt oder wirtschaftlich tätig ist.»

in den allermeisten Kantonen ein Gesuch stellen. Da wird individuell geprüft, ob die Bedingungen für die Steuerbefreiung erfüllt sind: mit einem vertieften Blick in die Tätigkeiten, die Statuten und die Finanzen des Vereins.

In diesem Zusammenhang erweist es sich als hilfreich, dass jeder Verein verpflichtet ist, eine Buchhaltung zu führen und eine Jahresrechnung zu erstellen. Sie

bildet eine wichtige Grundlage, um zwischen steuerbarem und nicht steuerbarem Gewinn zu unterscheiden.

Und der lokale Sportverein?

Die Aktivitäten des Fussballclubs oder des Musikvereins im Dorf sind in der Regel nicht auf das Wohl von Dritten ausgerichtet, also nicht als gemeinnützig einzustufen. Eine formelle Steuerbefreiung kommt hier also meistens nicht in Betracht. Faktisch bezahlt aber ein grosser Teil der kleinen Lokalvereine ebenfalls keine Steuern. Dies aus dem einfachen Grund, dass es für den massgeblichen Gewinn und das massgebliche Kapital Freibeträge gibt. Für Vereine, deren Zahlen unterhalb dieser Grenzwerte liegen, fällt keine Gewinn- oder Vermögenssteuer an.



Samuel Dafner
Vorstandsmitglied
des Schweiz. Treu-
händlerverbands
TREUHAND|
SUISSE, Sektion ZH

Arbeitsrechtliche Schlichtungsverfahren

Gelegentlich hört man als Arbeitgeber von (ehemaligen) Arbeitnehmern Sätze wie «Wenn ihr bis Ende Woche nicht bezahlt, verklage ich euch vor Gericht». Doch so schnell geht das in der Praxis nicht, und der Kläger muss vorab in aller Regel zwingend das Schlichtungsverfahren durchlaufen.

Christian Gersbach

In der Schweiz spielt das arbeitsrechtliche Schlichtungsverfahren eine zentrale Rolle als erster Schritt im Fall von Streitigkeiten zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist es, mit Hilfe des neutralen Schlichters zu prüfen, ob eine einvernehmliche Regelung der Streitigkeit in diesem frühen Verfahrensstadium möglich ist. Das Schlichtungsverfahren ist im schweizerischen Prozessrecht verankert, vor allem in Art. 197 ff. der schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), und wird durch kantonale Ausführungsregeln ergänzt. Erfahrungsgemäss können in diesem strukturierten Rahmen eine Vielzahl von kleineren Streitigkeiten ein-

«Die Friedensrichterämter im Kanton Zürich weisen eine hohe Vergleichsquote auf.»

vernehmlich gelöst werden, und die Friedensrichterämter im Kanton Zürich weisen eine hohe Vergleichsquote auf.

Das arbeitsrechtliche Schlichtungsverfahren ist grundsätzlich obligatorisch, bevor der Kläger den Fall vor das zuständige Arbeitsgericht bringen kann. Nach dem Grundsatz «zuerst schlichten, dann richten» muss die klagende Partei also in aller Regel ein Schlichtungsgesuch einreichen. Ausnahmen von der Schlichtungspflicht gibt es nur in engen Grenzen, z. B. wenn der Streitwert mehr als 100 000 Franken beträgt und die Parteien gemeinsam auf die Durchführung des Schlichtungsverfahrens verzichten.

Im Kanton Zürich sind für arbeitsrechtliche Schlichtungen die Friedensrichterämter sachlich zuständig, wobei gewisse Ausnahmen bei Streitigkeiten aus dem



Streitigkeiten am Arbeitsplatz landen in aller Regel nicht vor Gericht.

Gleichstellungsgesetz bestehen. Diese sachliche Zuständigkeit ist in anderen Kantonen anders geregelt, und das Schlichtungsverfahren findet dort entweder vor dem Arbeitsgericht selbst oder an einer speziellen kantonalen Schlichtungsbehörde statt. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich danach, wo der Beklagte (meist der Arbeitgeber) seinen Wohn- oder Geschäftssitz hat oder wo der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet hat; dem Kläger steht hier ein Wahlrecht zwischen diesen beiden möglichen Gerichtsständen zu.

Die Kosten für das Schlichtungsverfahren sind moderat. Arbeitsrechtliche Schlichtungsverfahren bis zu einem Streitwert von CHF 30 000 sind kostenlos; bei höheren Streitwerten betragen die Kosten in der Regel einige hundert Franken.

Ablauf des Verfahrens

Die Einleitung des Verfahrens erfolgt durch ein Schlichtungsgesuch, welches schriftlich an das zuständige Friedensrichteramt gerichtet wird. Dieses Gesuch muss mindestens enthalten:

- Die Bezeichnung der Parteien (Arbeitnehmer und Arbeitgeber);
- ein (bezahltes) Rechtsbegehren (z. B. Forderung ausstehen-

der Löhne, Überstunden, Entschädigung wegen missbräuchlicher Kündigung, Anpassung des Arbeitszeugnisses); und

- eine kurze Darstellung des Streitgegenstandes.

Die Friedensrichterämter stellen ein Formular für das Schlichtungsgesuch zur Verfügung. Beizulegen sind grundsätzlich Unterlagen wie der Arbeitsvertrag, Lohnabrechnungen, Kündigungsschreiben und sonstige relevante Beweismittel. In der Praxis gibt es sowohl solche «Laien-Schlichtungsgesuche» mit rudimentären Angaben auf dem Formular als auch sehr detaillierte Rechtschriften von Anwälten. Ziel einer solchen detaillierten Rechtschrift ist in der Regel das Signal an den Arbeitgeber, dass die Klage bereit zur Einreichung an das Arbeitsgericht ist, wenn man sich in der Schlichtungsverhandlung nicht einigt. Die Einreichung dieses Gesuchs bewirkt, dass die Streitsache «rechtshängig» wird – also allfällige Fristen (z. B. bei einer angeblich missbräuchlichen Kündigung) gewahrt und die Zuständigkeit fixiert werden.

Kernelement des Schlichtungsverfahrens ist die Schlichtungsverhandlung. Für diese gilt für die Parteien grundsätzlich eine Erscheinungspflicht. Anwälte kön-

nen daher den Arbeitgeber zwar begleiten, dies entbindet den Arbeitgeber aber nicht davon, selbst einen Vertreter der juristischen Person zu entsenden, welcher über die Streitsache informiert und zum Abschluss eines Vergleichs schriftlich bevollmächtigt ist. Ausgenommen von der Erscheinungspflicht sind Parteien mit Wohnsitz bzw. Sitz ausserhalb des fraglichen Kantons.

In der Schlichtungsverhandlung wird der Streitgegenstand frei besprochen. Es wird kein Protokoll über das Gesprochene erstellt, und allfällige Vergleichsangebote dürfen im Nachgang nicht gegen eine Partei verwendet werden, wenn in der Verhandlung kein Vergleich zustande kommt.

Wenn anlässlich der Verhandlung ein Vergleich abgeschlossen wird, so wird dieser vor Ort formalisiert. Wenn kein Vergleich zustande kommt, so stellt das Friedensrichteramt dem Kläger die sogenannte Klagebewilligung aus. Diese berechtigt den Kläger, den Fall innerhalb der nächsten drei Monate vor das zuständige Arbeitsgericht zu bringen.

Fazit

Schlichtungsverfahren sind eine sinnvolle «letzte Möglichkeit», einen häufig langwierigen und kostspieligen arbeitsrechtlichen Prozess zu vermeiden. Für eine erfolgreiche Schlichtungsverhandlung ist es unabdingbar, dass die Vertreter des Arbeitgebers gut vorbereitet und mit einer klaren Strategie zur Verhandlung erscheinen. Gerade bei komplexeren Fällen ist daher der rechtzeitige Beizug eines spezialisierten Anwalts erfahrungsgemäss sehr zu empfehlen.



Christian Gersbach
ist Fachanwalt
SAV Arbeitsrecht
und Leiter der
Praxisgruppe
Arbeitsrecht bei
CMS von Erlach
Partners AG.

Bewährtes Elend mit Zukunft

Man muss der Zürcher Stadtpolitik eines lassen: Sie ist verlässlich. Während Start-ups kommen und gehen, Parkplätze verschwinden und Baustellen reifen wie guter Blauschimmelkäse, bleibt der Stadtrat das, was er immer war – ein Ruhepol der Gewissheit, dass alles genauso weitergeht wie bisher. Und genau deshalb müssen die bisherigen Stadträtinnen und Stadträte wiedergewählt werden. Denn wer, wenn nicht sie, könnte glaubhaft versprechen, dass Experimente mit Verkehrsführung, Abgaben, Regulierungen und wohlmeinenden Verboten auch künftig mit der gleichen Beharrlichkeit umgesetzt werden? Kontinuität ist schliesslich ein Wert an sich. Man weiss, was man bekommt: mehr Komplexität, höhere Kosten, weniger Umsatz, längere Bewilligungsverfahren – und dazu eine Kommunikation, die erklärt, warum das alles alternativlos, nachhaltig und im Grunde ein Geschenk ist. Ein Wechsel wäre riskant. Neue Köpfe könnten auf die Idee kommen, Dinge zu vereinfachen. Oder schlimmer: gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Das würde das fein austarierte Gleichgewicht stören, in dem man sich seit Jahren eingerichtet hat. Nein, Zürich braucht

DER WADENBEISSER



keine Überraschungen, sondern die tröstliche Gewissheit, dass jede Herausforderung mit einer Arbeitsgruppe, einer Studie und einem Provisorium beantwortet wird, deren Einführung sich dann vorsorglich verzögert. Und dann wäre da noch Balthasar Glättli. Sein Einzug in den Stadtrat wäre nur konsequent. Nicht, weil er etwas grundsätzlich anders machen würde – das wäre ja suboptimal –, sondern weil er das bestehende System mit der

nötigen rhetorischen Eleganz eines Apostels abrunden könnte. Wo andere verwalten, erklärt er. Wo Prozesse stocken, liefert er die moralische Einordnung gleich mit. Das schafft Klarheit: Man weiss wenigstens, warum etwas nicht funktioniert. Zudem würde seine Präsenz garantieren, dass jede Debatte zuverlässig auf die grosse gesellschaftliche Flughöhe gehoben würde. Sachfragen sind schliesslich heikel, wenn man sie nicht mit Haltung, Symbolik und einem leichten Unterton pädagogischer Strenge versehen kann. Zürich liebt das. Man fühlt sich ernst genommen, belehrt und beruhigt zugleich. So gesehen ist die Wiederwahl der bisherigen Mannschaft und die Ergänzung um Glättli kein politischer Entscheid, sondern eine Art Service public. Sie garantiert, dass Zürich auch in Zukunft das bleibt, was es heute ist: eine Stadt, die sich selbst sehr, sehr ernst nimmt und genau weiss, was gut für alle ist – auch und vor allem für Stadtzürcher KMU. Fazit: Augen zu, die immer gleichen ideologischen Köpfe wählen, weitermachen wie bisher. Für Stabilität. Für Verlässlichkeit. Für das gute alte Gefühl, dass alles schlimmer werden könnte – aber zum Glück nicht überraschend.

Anzeige



SIE! IN DER HAUPTrolle

DIE KMU SIND DAS RÜCKGRAT DER SCHWEIZER WIRTSCHAFT

IMPRESSUM

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

Herausgeber
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

Redaktion
zuercherwirtschaft@kgv.ch
Telefon 043 288 33 66
Mitarbeiter: Anna Birkenmeider, Gerold Brüttsch-Prévôt, Ludwig Hasler, Barbara Rüttimann, Bruno Sauter, Marcel Vollenweider

Chefredaktor
Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60
mark.gasser@kgv.ch

Zürcher Wirtschaft
Total verbreitete Auflage: 26'943 Expl. (WEMF), davon verkauft: 16'178 Expl.
Erscheinungsort: Zürich
Erscheinungsweise: 11 Mal pro Jahr
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet
Belegexemplare erbeten

Gestaltung/Produktion
Markus Zeller/Mark Gasser

Druck
CH Media Print AG

Anzeigenverwaltung
DaPa Media Vermarktungs GmbH
Luzernerstrasse 22, 5620 Bremgarten
056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch

Annahmeschluss für Inserate
Jeweils zwei Wochen vor Erscheinung

Adressänderungen
Bitte direkt an den Herausgeber:
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
info@kgv.ch / www.kgv.ch
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben

TOP-ADRESSEN DIE GÜNSTIGSTE ART ZU WERBEN!

BUCHEN SIE UNTER: zw@dapamarkt.ch

ANZEIGENMARKETING u. MEDIEN

DaPa Media Vermarktungs GmbH
5620 Bremgarten, Luzernerstrasse 22
Telefon 056 648 86 99
zw@dapamarkt.ch, www.dapamarkt.ch

RUNDKIES/SAND/SPLITT

Philipp Aeberhardt Transporte
ph.aeberhardt@bluewin.ch
Telefon 079 673 03 41
Franko Baustelle geliefert

HAUSWARTUNGEN

sf home + garden ag
Facility Service, Hauswartungen
8050 Zürich, Kugelilostrasse 48
Telefon 044 313 13 44
info@home-garden-ag.ch
www.home-garden-ag.ch

BEKLEIDUNG UND WERBEARTIKEL

Jim Bob – Fohllochstr. 5A – 8460 Marthalen
Telefon 052 305 40 00
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

Tauben-Marderabwehr
www.ratex.ch – 044 241 33 33

PENSIONS KasSEN

Asga Pensionskasse
Ueberlandstrasse 111, 8600 Dübendorf
Telefon 044 317 60 50
www.asga.ch – info@asga.ch

DACHDECKER/SPENGLER

Staudacher + Söhne AG / 044 421 20 10
Dachreparaturen + Flachdachsanieierung
www.staudacher-soehne.ch

GARTEN- UND LANDSCHAFTSBAU

schädeli gartenbau ag
Gartenpflege, Gartenbau
8046 Zürich, Kugelilostrasse 39
Telefon 044 371 41 30
gartenbau@schaedeli.ch
www.schaedeli.ch

IMMOBILIEN

Room4U AG
Raumvermietungen
Winterthur, Spreitenbach
044 545 50 00 / room4u.ch

Portmann Consulting GmbH
8966 Oberwil-Lieli, Juchächerstr. 11
IMMOBILIENVERKAUF
Attraktive Konditionen+Top-Referenzen
www.portmannconsulting.ch, 079 281 51 85

Inserateverkauf ab sofort sind die Mediadaten 2026 erhältlich



DaPa Media Vermarktungs GmbH
Luzernerstrasse 22
5620 Bremgarten
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch
www.dapamarkt.ch

TOP-ADRESSEN Preise:	
Rubrikzeile gratis!	Auswahl 8 Farben
3 Zeilen 324.– (pro Jahr)	
4 Zeilen 432.– (pro Jahr)	
5 Zeilen 540.– (pro Jahr)	
6 Zeilen 648.– (pro Jahr)	
(max. 35 Zeichen je Zeile)	
Rabatte/Zuschläge:	
Titelseite (49 x 56 mm):	
710.– Normal-/ 1770.– Grossauflage	
Editorial-Seite (49 x 56 mm):	
420.– Normal-/ 620.– Grossauflage	
Platzierungszuschläge:	
2. Umschlagseite	
Text-Platzierung: +20%	
Beraterkommission: 10%	
Mengenrabatte:	
3-mal 5%	11-mal 15%
6-mal 10%	BK 10%

Ausgabe März 2026: Pensionskassen, Ausgleichskassen

Zürcher Wirtschaft

Highlights der nächsten Ausgabe:

25 Jahre an der Pensionierung Ausruhen ist eine bescheuerte Perspektive, findet Autor Ludwig Hasler. Er stiess auf viel Kritik. Wie denkt man heute darüber?

Können attraktive Pensionskassenmodelle angesichts des grassierenden Fachkräftemangels an Bedeutung gewinnen? Können sie strategischer Vorteil sein?

Mit digitalen Geschäftsmodellen lassen sich viele Abläufe in der beruflichen Vorsorge automatisieren. Wir fragten eine Pensionskasse, was das für die Mitarbeiter bedeutet.

Redaktionsschluss:

12. März 2026

Anzeigenschluss:

13. März 2026

Inserate:



DaPa Media Vermarktungs GmbH
Tel. +41 56 648 86 99
zw@dapamarkt.ch
www.dapamarkt.ch



Bild: stock.adobe.com Markus Speth

Bundesgericht bestätigt leider bisherige Praxis

Mit Urteil vom 16. Dezember 2025 hat das Bundesgericht die Beschwerde des Hauseigentümerverbands Kanton Zürich sowie von Albert Leiser, Direktor des HEV Kanton Zürich, und mir gegen die Weisung 2026 des Regierungsrats des Kantons Zürich abgewiesen. Damit endet ein Verfahren, das der Verband im Interesse seiner rund 72'000 Mitglieder zunächst politisch und anschliessend auf dem Rechtsweg bis vor die höchste gerichtliche Instanz geführt hat.

Gerichtsentscheide hatten festgehalten, dass die Immobilienpreise im Kanton Zürich seit 2009 gestiegen sind und die Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften nicht mehr bundesrechtskonform waren. In zahlreichen Fällen lagen diese unter der rechtlich zulässigen Bandbreite, wodurch die rechtsgleiche Behandlung der Steuerpflichtigen nicht mehr gewährleistet war.

Der Regierungsrat beschloss deshalb 2024 eine Neubewertung der Liegenschaften mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Eigenmietwerte um rund 10 Prozent und der Vermögenssteuerwerte um rund 50 Prozent.



Hans Egloff, Präsident
Hauseigentümerverband Kanton Zürich

Weisung gerichtlich überprüfbar?

Der HEV Kanton Zürich setzte sich von Beginn weg für eine differenzierte Neubewertung ein und wollte verhindern, dass Eigentümerinnen und Eigentümer individuell Einsprache erheben müssen. Trotz punktueller Anpassungen durch den Regierungsrat focht der Verband die Weisung vor dem Verwaltungsgericht an.

Ziel der Beschwerde war es, eine schematische Neubewertung aller Liegenschaften zu verhindern und gleichzeitig zu vermeiden, dass jeder Eigentümer einzeln Einsprache erheben muss. Im Zentrum des Verfahrens stand jedoch die Frage, ob die Weisung überhaupt angefochten werden kann.

Das Verwaltungsgericht trat im Juni 2025 nicht auf die Beschwerde ein und qualifizierte die Weisung als Verwaltungsverordnung mit Aussenwirkung. Der Entscheid erging in Fünfer- und nicht wie üblich in Dreierbesetzung und enthielt eine abweichende Minderheitsmeinung. Die Beschwerdeführer zogen den Entscheid deshalb ans Bundesgericht weiter.

Bundesgericht hält an Rechtsprechung fest

Dieses bestätigte mit Urteil vom 16. Dezember 2025 seine bisherige Praxis und trat auf die Beschwerde nicht ein. Die Weisung ist per 1. Januar 2026 in Kraft getreten.

Die Beschwerdeführer haben den Rechtsweg mit der nötigen Sorgfalt und Verantwortung ausgeschöpft. Auch wenn das Bundesgericht an seiner Praxis festhält, war es richtig, diese für die Eigentümerinnen und Eigentümer zentrale Frage höchstrichterlich klären zu lassen.

Veränderte Ausgangslage

Mit der Volksabstimmung vom 28. September 2025 zur Abschaffung des Eigenmietwerts hat sich die Ausgangslage teilweise verändert. Der Regierungsrat verzichtete deshalb auf eine Erhöhung der Eigenmietwerte. Bei den Vermögenssteuerwerten bleibt eine Anpassung hingegen erforderlich; diese müssen 70 bis 100 Prozent des Verkehrswerts betragen.

Unterstützung für Eigentümer

Ab der Steuerperiode 2026 nehmen die Gemeinden die Neubewertung vor. Die Verfügungen werden Anfang 2027 erwartet. Gerade in dieser Phase ist es wichtig, die Bewertungen fachlich zu überprüfen. Die Schätzungsfachleute des Hauseigentümerverbandes unterstützen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer mit fundierten Verkehrswertbeurteilungen und begleiten sie bei allfälligen Einwendungen im Einschätzungsverfahren.

Weitere Informationen:

www.hev-zh.ch

